

Arbeiter-Zeitung

erschienen täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Wöchentlich 48 Pf. + 12 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die befristete Werbefläche oberer oder unterer Seite 13 Pf., Vereins- und Veranlagungsanzeigen 6 Pf. Reklametexte: Die befristete Werbefläche oberer oder unterer Seite im Text 10 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptredaktion um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis höchstens 18 Uhr.

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, 2. o. l. o. Telefon 460 20. Postfach 511; Breslau 544, Reibation: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Telefon 430 02. Sprachrohr der Reibation von 12-13 Uhr. Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen: Berlin, Lützow 6, Telefon 23 84. Geschäftszeit von 8-19 Uhr. Vertriebsstab: Hauptverlag Breslau. Verlags: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau. — Druck: „Vorwärts“ W. G., Fil. Breslau, Trebnitzer Straße 50, Telefon 464 55.

Rüstet zum schlesischen Kampfkongress am 1. März! Entfacht Massenkrieg gegen Faschismus

Wählt überall Delegierte — Schafft die Massenbasis für die kämpfende Einheitsfront 2100 Delegierte auf dem Antifaschistentkongress an der Ruhr — Neue Nazi-Überfälle

Essen, 2. Februar. Am Sonntag tagte in Essen der Kampfkongress gegen den Faschismus. Aus dem ganzen Ruhrgebiet, aus Schächten, den Betrieben, den Stempelstellen, aus Kontoren, Klein-gewerbetreibende und Angestellte aus den freien Berufen, sie alle nahmen an diesem wichtigen Volkskongress teil, um ihr Kampf-gelöbnis gegen den Faschismus abzulegen. Eine mächtige Einheits-front wurde hier geschmiedet, eine Einheitsfront, die den Willen der gesamten werktätigen Bevölkerung zum Kampf gegen den Faschismus in sich verkörpert.

2100 Delegierte und Hunderte von Gästen nahmen an dem Volks-kongress teil. Delegiert sind 26 KPD.-Arbeiter, 12 Mitglieder des Zentrums, 950 Parteiloze, 5 Demokraten, 3 USPD, 9 Nazis, 4 SA-Mitgl., 12 FFV, 2 Frauen des Vaterländischen Frauenvereins, 3 Stahlhelm- und Wehrwolf-Leute, 948 Mitglieder der kommunisti-schen Partei und 135 Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes. Die soziale Zusammensetzung des Kongresses zeigt folgendes Bild:

Unter den Delegierten befinden sich 288 selbständige Handwerker, 22 Angestellte, 11 Techniker und 3 Lehrer. Des weiteren befanden sich unter den Delegierten 233 Frauen.

Der Kampfkongress gegen den Faschismus für Schlesien tagt am 1. März in Breslau

und darf dem Kongress an der Ruhr in nichts nachstehen. Der Breslauer Kongress muß die Massenbasis für die kämpfende Einheitsfront schaffen. Die Kampagne zur Vorbereitung des Kongresses muß eine Massenbewegung in Stadt und Land einleiten. Rech-tausende Ausgeborene müssen zum aktiven Kampf gegen den Faschis-mus mobilisiert werden.

Keinen Betrieb, keine Stempelstelle, kein Büro, keine proletarische Organisation darf es ohne Delegierte zum Kampfkongress geben. Die Schichten des Mittelstandes, die Klein-gewerbe-treibenden und Kaufleute, auch sie müssen Delegierte zu diesem Kongress entsenden.

geündet, sondern „schärfsten Kampf gegen die Kommunisten und den Kampfbund“, das ist die Lösung, die das KPD.-Blatt in einem Augenblick herauszugeben magt, wo in allen Teilen des Reiches sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter überfallen werden und die Gewerkschaften entweder gar nichts dagegen unternimmt oder, wie in Kiesz, Kommunisten verhaftet.

Sozialdemokratische Arbeiter, laßt euch nicht länger mehr von euren Führern zurückhalten, gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitern die Offensive gegen jenes Mordgeschindel zu ergreifen, wenn ihr nicht Gefahr laufen wollt, unter die Räder jener Bestien in Menschengestalt zu kommen, wie sie sich jetzt in Kiesz gegen eure Genossen ausgelobt haben.

15 Pfennige Stundenlohn Schamloser Lohnraub — besonders an Frauen

Diegnitz. Der Lohnraub fängt an nachgerade aufreizende Formen anzunehmen. So bringt es die Firma Eugen Hagen, Konferven-fabrik, fertig, die Stundenlöhne der Männer von 64 Pfennig auf 55 Pfennig herunterzusetzen, und bei den Frauen von 42 Pfennig auf 35 Pfennig. Aber dieser Lohnraub, der allein bereits eine ungeheure Verschlechterung der Lebensverhältnisse bedeutet, wird noch dadurch verschärft, daß gleichzeitig die Arbeitszeit auf sechs Stunden herabgesetzt wird.

Noch toller treibt es die Gurkenfabrik Peuders, die den Frauen einen Stundenlohn von sage und schreibe 15 Pfennig anbietet. Wie frech die Ausbeuterbande geworden ist, beweist aber, daß sich dieser Peuders auch noch herausnimmt, den Frauen zu sagen: „Sie könnten ja ihre seidenen Kleider freissen“. Also zum Lohnraub auch noch schamloser Hohn. Das magt dieser freche Ausbeuter, der seine Frau von dem Profit, den er aus den Frauen herausschindet, allerdings in seidene Kleider hüllen kann, während die Frauen selber sich nicht mal satteffen können von dem Hungerlohn, der ihnen gezahlt wird.

Dieser unverschämte Raub an der Arbeiterklasse, wie er hier guttage tritt, muß auch den letzten Arbeitern die Augen öffnen über das, was man mit ihnen vor hat. Hier hilft kein Schimpfen und das Balken der Faust in der Tasche, hier muß die Arbeiterschaft erkennen, daß sie sich zum Kampfe aufrufen muß, wenn sie nicht völlig unter die Räder kommen will.

Neuer Naziüberfall in Liebau Genosse Rösner schwer verletzt — Die Polizei verhaftet keinen der Mordbanditen

Wie wir erst gestern erzählten, haben die braunen Mordbanditen in Liebau wiederum einen ihrer feigen Überfälle ausgeführt. Unsere Genossen waren beim Ankleben von Plakaten, als sie von einer 15 Mann starken Nazi-Kolonnen unter Führung des SA-Führers Hartmann überfallen wurden. Der Genosse Rösner wurde mit einem Knüttel niedergeschlagen und mit einer schweren Gehirnerkrankung ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist äußerst bedenklich.

Bemerkenswert ist, daß die Banditen den feigen Überfall einige Stunden vorher ganz offen angekündigt hatten. Gegenüber unserem Genossen Rösner erklärte einer dieser Galunken, „daß seine letzte Stunde geschlagen habe“. An dem Überfall beteiligten sich, soweit bisher festgestellt werden konnte, außer dem bereits genannten Hartmann folgende braune Mordbanditen:

H. Jungnickel, Goebel, Klein, die Lehrlinge des Fleischermeisters Behner, und 12 Söhne des Sattlermeisters Schadow.

Obwohl diese vorgenannten Banditen bereits wiederholt derartige Überfälle ausgeführt haben, was der Polizei und dem Bürgermeister genau bekannt ist, hat dieser noch nicht einen einzigen dieser feigen Zumpen verhaften lassen. Während die Polizei bei dem Überfall in Kiesz unsere Genossen verhaftete, obwohl ihre Beteiligung außer Frage stand, dürfen hier der Polizei und dem Bürgermeister genau bekannte feige Mordbanditen frei herumlaufen.

Das zeigt eindeutig, daß die Polizei und der Bürgermeister mit dieser Mörderbande unter einer Decke steht. Wir klagen daher die Polizei und diesen samosen Bürgermeister vor aller Öffentlichkeit der Arbeiterschaft an.

Die Arbeiterschaft weiß daher, was sie zu tun hat. Sie muß sofort die Verhaftung der Mordbanditen erzwingen, und darüber hinaus alle Kräfte anspannen, um alle Proletarier zu einer eisernen Front zusammenzuschließen, damit nicht bloß mit der Mordpest Schluß gemacht werden kann, sondern auch mit ihren verlappten Freunden und Schützern.

einen Beilich gegen die Schläse und stürzte blutüberströmt zusammen. Der Reichsbannermann Willms wurde durch Beiliche so schwer verletzt, daß er ebenfalls zusammenbrach. Die Nationalsozialisten versuchten, den Schwerverwundeten in eine Jandgrube zu werfen, nur durch entschlossenes Eingreifen eines jungen Lehrers konnten sie daran gehindert werden. Willms wurde in hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus geliefert. Von den Häusern wurde heißes Wasser auf die Reichsbannerleute geschüttet, wodurch ein Mann schwere Brandwunden erlitt, so daß er ebenfalls ins Krankenhaus übergeführt werden mußte. Die Landjägeri war nicht imstande, die Nationalsozialisten und Stahlhelmer zurückzubringen. Erst als Verstärkungen eintrafen, konnte das Reichsbanner aus seiner gefährlichen Lage befreit werden. Die Anführer der Nationalsozialisten und Stahlhelmer wurden verhaftet. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Überfall auf die Reichsbannerleute planmäßig vorbereitet war.

Die Bestialität, die bei dem vorstehend geschilderten Überfall in Erscheinung trat, ist so ungeheuerlich, daß sie auch dem letzten sozialdemokratischen Arbeiter die Augen öffnen muß über die Gefahren, die ihn bedrohen. Und dann müssen sie sich vergegenwärtigen, was gestern die sozialdemokratische „Örtliche Volkszeitung“ zu schreiben magt. Nicht verschärften Kampf gegen dieses Mord-

Gegen die Zechenstilllegungen Eine Aktion der KPD. für Bergarbeiter

Die Stilllegungswut der Grubenbarone, die mit zu den Mitteln gehört, den Lohnraub an den Kumpels mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen, hat die kommunistische Fraktion des Landtags veranlaßt, den nachstehenden Antrag einzureichen:

Nr. 13 (Wolkweber, Sobotta und Schlag).
Das Staatsministerium wird ersucht, den niederschlesischen Gemeinden, die durch Zechenstilllegungen einen Steuer-ausfall haben und bei der sozialen Zusammensetzung der Einwohner nicht in der Lage sind, den Einnahmeausfall durch Besitzern zu beden, durch eine Sonderregelung Staatsmittel zur Verfügung zu stellen, mit der ausdrücklichen Anweisung, daß diese finanzielle Hilfe des Staates ausschließlich für die Behebung der Notlage der Arbeiterbevölkerung dieser Gemeinden verwandt werden darf.

Bei der Beratung dieses Antrages werden die Kumpels und darüber hinaus alle Werkstätten, nicht zuletzt auch jene kleinen Gewerbetreibenden, die durch Stilllegungen in ihrer Existenz bedroht sind, Gelegenheit haben, zu erfahren, wer ihre Interessen vertritt. Sowohl die Sozialdemokraten als auch das Zentrum, die im Landtag eine ausschlaggebende Rolle spielen, werden dem Antrag bestimmt ihre Zustimmung verweigern. Auch aus den Mitteln der sogenannten

Hilfe wird man dafür nichts übrig haben, weil diese ausschließlich für die Junker und die Großkapitalisten reserviert sind. Daraus sollten daher auch diese kleinen Gewerbetreibenden erfahren, daß ihre Interessen nur von der kommunistischen Partei vertreten werden, die durch diesen Antrag mit dazu beitragen will, die Arbeiter im Interesse der Gewerbetreibenden konsumfähiger zu machen.

Der Lohnraub an den Landarbeitern vorläufig abgelehnt

Breslau, 2. Februar. Die Schlichterkammer fällt am Freitag unter dem Vorsitz des Schlichters der Provinz Niederschlesien, Oberpräsidenten z. D. Philipp, für die schlesische Landwirtschaft einen Schiedspruch, wonach der für das Jahr 1930 gültige gemessene Bar-lohnstarif ab 1. Februar 1931 bis 31. Dezember 1931 unverändert in Kraft gesetzt wird. Von dem Schiedspruch werden 300 000 landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Nieder- und Oberschlesien erfaßt. Die Gültigkeitsfrist läuft bis zum 2. Februar. Wie wir hören, werden die Arbeitnehmer den Schiedspruch annehmen, die Arbeit-geber voraussichtlich ablehnen.

Noch ein feiger Nazimord Ein Reichsbannermann erschlagen Zwei weitere schwer verletzt

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Neuwied im Rheinland:
„Ein feiger Überfall wurde gestern auf eine Gruppe des Reichsbanners gemeinsam von Nationalsozialisten und Stahlhelmen verübt, als das Reichsbanner bei einem Propagandazug den kleinen Ort Wehbach durchzog. Die Angreifer stürzten aus dem Hinterhalt mit Knütteln, Keulen und Knütteln auf die ahnungslos marschie-renden Reichsbannerleute, von denen einer tödlich und zwei schwer verletzt wurden. Der Kaufmann Koch, der zu vermitteln suchte, erhielt

„Der russische Fünfjahrplan — ein europäisches Problem“

„Bergwerkszeitung“ schreibt: „Es ist aber doch beunruhigend, daß schon heute in Rußland die Ansicht geäußert wird, daß die Sowjetindustrie schließlich jede andere in der Welt ausschalten wird.“

Welcher politisch aktive Arbeiter hat noch nichts von der „Bergwerkszeitung“ gehört, die in Düsseldorf, dem gemeinsamen Sitz der Herren von Stahl und Kohle erscheint? Wiederholt mußten wir sie zitieren, um die Oberschichtsmacher des deutschen Unternehmertums zu kennzeichnen, die in den Spalten dieser Zeitung nicht schamlos und aufreizend genug den Abbau der Löhne, die Abdrosselung der Sozialpolitik und die politische Unterdrückung der revolutionären Arbeiterschaft fast tagtäglich fordern und auf deren Wink die jeweilige Reichsregierung noch immer gehorcht hat.

Dieses reaktionäre Blatt hat auch zu allen Zeiten an der Spitze des Kampfes gegen die Sowjetunion gestanden. Wenn es heute gezwungenermaßen den

gigantischen Erfolg des russischen Fünfjahrplanes

jugeben muß, wobei es Ausführungen der englischen Wirtschaftszeitung „Economist“ wiedergibt, so zweifellos mit der Absicht, die sogenannten Kulturländer gegen den „verfluchten Bolschewismus“ mobil zu machen, der trotz allen Prophezeiungen nicht nur nicht banrott gemacht hat, sondern heute der ganzen kapitalistischen Welt den Beweis liefert, daß es ohne Kapitalisten nicht nur geht, sondern besser geht.

Dabei kommt das Blatt zu einer Reihe von Feststellungen (siehe oben), die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

„Der gewaltigste Angriff auf die internationale Arbeitsteilung“

„In der wirtschaftspolitischen Einstellung gegenüber Rußland ist die deutsche Industrie in zwei große Lager gespalten. Die eine Seite vertritt den Standpunkt, daß man sich die Geschäfte, die sich aus dem Aufbau der Industrie in Rußland ergeben, nicht entgehen lassen dürfe, weil sie dazu beitragen, Arbeitsmöglichkeiten für den deutschen Arbeiter zu schaffen und weil sie von anderen gemacht werden würden, wenn wir sie ablehnten. Der russische Fünfjahrplan erscheint andererseits vielen als der gewaltigste Angriff auf die internationale Arbeitsteilung und im Hinblick auf die Folgen, die sich daraus für die Industrieländer ergeben, befürworten sie den Verzicht auf das Rußengeschäft, der natürlich nicht von einem Lande, sondern international (sic! Die Red.) durchgeführt werden müßte.“

„Der landwirtschaftliche Teil des Fünfjahrplanes fast noch großartiger und kühner“

In Hand der Untersuchungen des „Economist“ schreibt dann die „Bergwerkszeitung“ u. a.:

„Es ist in Deutschland viel zu wenig beachtet worden, daß der landwirtschaftliche Teil des Fünfjahrplanes fast noch großartiger und kühner ist als der industrielle ...“

Dem Getreidetrust wurde ein Gebiet von 12 Millionen Hektar überwiesen, davon drei Viertel aus jungfräulichem oder verlassenen Soden bestanden.

In den beiden ersten Jahren war das Ergebnis der Staatsfarmen, die bereits über 700 000 Hektar bewirtschaften, befriedigend. Die Ernte des Jahres 1930 erbrachte 650 000 Tonnen, ohne das von den 110 000 Arbeitern konsumierte Getreide und das zurückgelegte Saatgut. Der Durchschnittsertrag pro Hektar liegt etwa 25 Prozent über dem Durchschnittsertrag Rußlands. Die Staatsfarmen produzieren schon jetzt billiger als die Bauern und ihr Getreide wird in Zukunft noch billiger werden.

Als 1928 die Staatsfarmen ins Leben traten wurden, war das Ziel, in drei bis vier Jahren etwa 100 Millionen Pud Getreide zu produzieren. Durch die Anwendung von Traktoren usw. vermögen die Staatsfarmen für 1931 aber bereits 200 Millionen Pud zu produzieren.

Die Ausführungen des „Economist“ über die Kollektivierung der Landwirtschaft weichen von dem Bild, welches man sich meist in Deutschland darüber macht, erheblich ab. Die Kollektivbewegung umfaßt jetzt nicht weniger als 25 Prozent der Bauernschaft der Union. In den reinen Getreidebezirken im südöstlichen Teil der Ukraine, im Nordkaukasus und im Wolgagebiet erreicht sie sogar 48 Prozent.

Bemerkenswert ist besonders die Feststellung (besonders für die deutschen Bauern. Die Red.), daß die mittelgroßen Bauern sich entgegen aller Voraussicht von den Kollektivwirtschaften angezogen fühlten und sich in großen Mengen beteiligten.

Ueber die Kulturbedeutung dieser Umwandlung des russischen Landes muß das reaktionäre Blatt schreiben:

„Mit ihrer Reparaturwerkstätte und der Zentrale zur Erzeugung der technischen Energie in den landwirtschaftlichen Arbeiten werden die Traktorenstationen der Kollektivbetriebe zum Zentrum einer Kulturumwälzung, weil der Dorfbesitzer nicht mehr in die Stadt zu wandern braucht, um mit der Technik in Berührung zu kommen.“

„Eine Entwicklung von elementarer Gewalt“

In ihrer weiteren Betrachtung beschäftigt sich die „Bergwerkszeitung“ mit den gewaltigen Fortschritten der sozialistischen Industrialisierung der Sowjetunion. Sie schreibt:

Die Entwicklung schreitet fast mit elementarer Gewalt vor sich zu gehen. Im ersten Jahre des Fünfjahrplans wurde die allgemeine Produktionszunahme mit 23,4 angegeben, was noch 2 Prozent mehr ist, als in dem Plan vorgesehen war. Durch den guten Erfolg des Jahres ermutigt, hatte die Regierung die Produktionszunahme für das zweite Jahr von 21 auf 31 Prozent erhöht ...

Selbstverständlich betrug die Produktion an Kohlen 1928/29

rund 4 Millionen Tonnen, 1929/30 rund 5 Millionen Tonnen; die Steigerung betrug 24 Prozent. Bei Eisenerz betrug die Produktionssteigerung 40 Prozent.

Die Vorkriegsproduktion an Kohle war 23 Millionen Tonnen, 1927/28 wurden 36 Millionen Tonnen erzeugt. Der Fünfjahrplan sieht eine Verdreifachung der Vorkriegserzeugung vor. 1928/29 wurden 40 Millionen Tonnen gewonnen, im letzten Jahr 46 Millionen Tonnen. Danach sollte bei der Kohle das Fünfjahrprogramm in drei Jahren erfüllt werden.“

Ueber die Del-Produktion schreibt die „Bergwerkszeitung“: „Selbst diese Ziffer ist also übertroffen worden und auch für das Jahr 1930/31 wird das vorgeschriebene Programm wahrscheinlich noch überholt werden.“

„In der Produktion der Elektrotechnik ist in den ersten drei Jahren jeweils eine Verdoppelung des Produktionswertes erzielt worden.“

„Die Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen stieg im letzten Jahr um 54 Prozent und war etwa fünfmal so groß als vor dem Kriege.“

„Eines der verwirrendsten Probleme des Fünfjahrplanes“

Die „Bergwerkszeitung“ kommt dann auf das Verschwinden der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion zu sprechen, da die Zunahme der Arbeitskräfte nicht Schritt halten konnte mit der Produktionssteigerung und schreibt dann:

„Allerdings hat in den letzten 2½ Jahren die Zahl der städtischen Arbeiter um 22,8 Prozent von 8,86 Millionen auf

10,88 Millionen zugenommen. Allein für die neuen und vergrößerten Fabriken, die im nächsten Jahre eröffnet werden, schätzt man den Bedarf an gelernten Arbeitern auf 500 000. Die Zahl der Ingenieure, die für die Ausführung des Fünfjahrplanes von den Arbeitern als erforderlich bezeichnet werden, beläuft sich auf 1,2 Millionen.“

Die Ausbildung von 100 000 Arbeitern und Ingenieuren ist eines der verwirrendsten Probleme des Fünfjahrplanes.“

Nach diesen für die Kapitalisten in der Tat erschütternden Feststellungen kommt die reaktionäre „Bergwerkszeitung“ zu einigen für sie vernichtenden, aber richtigen Erkenntnissen:

„Durch Versagen dieser Hilfe (das heißt der kapitalistischen Geschäfte des Auslands mit der Sowjetunion, d. Red.) kann man das Tempo der Industrialisierung in Rußland wohl verzögern, aber voraussichtlich nicht aufhalten.“

„Es ist aber doch beunruhigend, daß schon heute in Rußland die Ansicht geäußert wird, daß die Sowjetindustrie schließlich jede andere der Welt ausschalten wird.“

„Schon heute kann jedoch an der Möglichkeit einer Verwirklichung der Hauptziele des Fünfjahrplanes kaum ein Zweifel mehr bestehen.“

Soweit die „Bergwerkszeitung“. Wir haben dem nicht mehr viel hinzuzufügen.

Es erfüllt uns mit Stolz, daß heute selbst der Klassengegner, ja der erbitterteste Feind des Sozialismus den Sieg des stählernen Marxismus-Leninismus und damit heute schon die geschichtliche Niederlage und den Untergang des kapitalistischen Systems, wenn auch mit Haß und wilder Willen, zugeben muß.

Neuer Verrat der Nazis an ihren Wählern

Hitlers Kniefall vor dem Völkerbund

Sie stimmen zusammen mit den deutschen Young-Parteien gegen den Austritt aus dem Völkerbund zur Verewigung der Young-Sklaverei

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtete am Montag der Außenminister Curtius über die Genfer Völkerbundstagung. Selbstverständlich erklärten sich die Young-Parteien und auch die Sozialdemokraten mit dem Bericht einverstanden.

Wie sehr sich die Nazis als Völkerbundspartei weiter entwickelt haben, zeigt die Tatsache, daß sie in dieser Sitzung offen gegen einen kommunistischen Antrag, den sofortigen Austritt aus dem Völkerbund zu vollziehen, stimmten, während sie sich in früheren Sitzungen bei der Abstimmung über diesen Antrag wenigstens der Stimme enthielten und die offene Ablehnung den Young-Parteien überließen. Ihr Umfall

ist der Kniefall Hitlers vor dem Völkerbund, um erneut der imperialistischen Geldgebern und Zinsnechten Deutschlands im Ausland zu beweisen, daß er für ihre Kapitalanlagen und für die Sicherung der Reparationszahlungen absolut ungeschwächelt ist.

Die Nazis selbst brachten einen Antrag ein, Deutschlands „Kündigung“ beim Völkerbund einzureichen. Die Nazi-Redner aber erklärten vorsorglich, da die Kündigung zwei Jahre laufe, könne man selbstverständlich weiter im Völkerbund mitarbeiten und sich innerhalb der zwei Jahre überlegen, ob man die Kündigung zurückziehen soll (!) Das ist eine nichtsagende Geiste, die in Wahrheit an der Young- und Völkerbundspolitik der deutschen Bourgeoisie nichts ändert.

Die Arbeiter antworten den Verbrechern

Glänzender Wahlsieg im roten Konsumverein Wittenberg

Die Zerstörer der proletarischen Genossenschaften vernichtend geschlagen

Halle, 2. Februar. (Eig. Bericht.) Bei den geistigen Vertreterwahlen im Konsumverein Wittenberg erzielte die KPD einen glänzenden Sieg über die sozialfaschistischen Zerstörer der kommunistischen Genossenschaften und die mit ihnen verbündeten Brandleristen. Bisher hatten in der Vertreterversammlung die Kommunisten 37 Sitze, die Brandleristen und Sozialfaschisten 28 Sitze inne. Bei den geistigen Neuwahlen erhielten die Kommunisten 60 und die Sozialfaschisten 10 Sitze. Die Brandleristen unter Führung des Renegaten Bassümer wurden vernichtend geschlagen.

Dieser Sieg ist von um so größerer Bedeutung, als er eine direkte Antwort der Arbeitermassen auf die Verbrechen der Sozialfaschisten darstellt, die im Bezirk Halle-Merseburg mit brutalen finanzkapitalistischen Mitteln die Zerstörung der roten Konsumvereine versuchen. Durch sofortige Rückforderung aller hypothekensicher Darlehen von 400 000 Mark brachte die GGD die Vereine von Halle-Merseburg in katastrophale Finanzschwierigkeiten. Dieser schändliche Überfall verletzete die Arbeiterschaft — wie das in gewaltigen Massenversammlungen und Demonstrationen zum Ausdruck kam — in helle Empörung. Das zeigt sich jetzt auch in dem überwältigenden Wahlsieg der KPD in Wittenberg.

Die hanedühenen Schwindelmeldungen der SPD-Presse über Halle und Merseburg verwandelten sich infolge der Initiative der Partei zum Schlage gegen die Arbeiterbetrüger. Das Zusammengehen mit Bürgerlichen auf einer Liste und das Infezieren ihres Wahlauftrags über Halle und Merseburg in der bürgerlichen Presse hat den Sozialfaschisten und Brandleristen nichts mehr genügt. Sie haben den Arbeitern nur erneut bewiesen, für wen die Sozialfaschisten ihren finanziellen Raubzug

auf die roten Konsumvereine von Halle-Merseburg betreiben. Die Arbeitermassen, die den stürmischen Kampf um die roten Konsumvereine Mitteldeutschlands gegenwärtig unmittelbar mitmachen, haben durch den Wittenberger Wahlsieg den Arbeitersoldaten eine schlagende Antwort gegeben.

Naziversammlung von Kommunisten übernommen

Rüdersdorf b. Berlin, 2. Februar. Die Nazis riefen hier eine öffentliche Versammlung ein, die von kommunistischen Arbeitern und Mitgliedern des Kampfbandes übernommen wurde. Als die von allen Seiten zusammengezogenen Nazis in dem Versammlungslokal einztrafen, war es bereits von 500 Arbeitern aus Rüdersdorf und Kallberge besetzt, so daß die Nazis voller Angst wieder fliehen mußten, da ihnen ein kräftiges „Rot Front“ entgegenstand. Es sprachen darauf ein Vertreter der Kampfstaffel Kallberge und ein Genosse der kommunistischen Partei unter großem Beifall der Anwesenden. Mit dem Gehang der Internationale wurde die Versammlung geschlossen und die Arbeiter demonstrieren in zwei wuchtigen Zügen gegen den Faschismus. 25 Renanahmen für den Kampfband waren der Erfolg des geschlossenen Auftretens der Arbeiterschaft.

Reichsbannerarbeiter zertrümmern Nazilokal

Hamburg, 2. Februar. Hier wurde eine Reihe von Reichsbannerarbeitern verhaftet, weil sie in der Lübecker Straße die Scheiben und einen Teil der Einrichtung eines Nazilokales völlig zertrümmert hatten. Wahrscheinlich hatten die Nazis die Arbeiter hart provoziert, so daß sich diese zur Wehr setzten.

Heran an die Betriebe!

**Verstärkt die Arbeit in den Gewerkschaften / Organisiert die Erwerbslosen
Bereitet die Betriebsrätewahlen vor / Kampf dem Lohn- u. Unterstützungsraub**

Dem Bezirkskomitee Schlesien der RGO. wird uns geschrieben: Angesichts der sich immer mehr verschärfenden Wirtschaftskrise, der zunehmenden Zahl der Erwerbslosen, der fortlaufenden Stilllegungen und Kurzarbeit ist es einmal notwendig, vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit selbstkritisch die Frage zu stellen, ob

die RGO. in Schlesien in den vergangenen Wochen und Monaten ihren Aufgaben gewachsen war, um auf Grund der Erfahrungen ab sofort den Kampf gegen Lohnraub, Stilllegungen und Unterstützungs Kürzungen besser als bisher führen zu können.

Kritisch ist die Lage in der Porzellanindustrie. Hier ist für die RGO. vollständig übersehend in der zweiten Hälfte des Monats Januar ein Schiedspruch gefällt worden, der einen sechsprozentigen Lohnabbau vorseht. Die RGO. hat daraufhin für die Betriebe Thielisch und Rister in Waldenburg eine Versammlung organisiert, in der jedoch kein Kampfausschuss gewählt wurde. In den anderen Betrieben erfolgte kein Vorstoß.

Die Wirtschaftskrise in Schlesien

Infolge seiner geographischen Lage, der neuen Grenzziehung und nicht zuletzt infolge des deutsch-polnischen Zollkrieges wirkt sich die allgemeine Wirtschaftskrise in Schlesien tiefer aus, als in den anderen Bezirken Deutschlands und ist gleich stark, wie in den übrigen Provinzen. In einer Denkschrift, die von der Niederschlesischen Provinzialverwaltung anlässlich der Direkte des Reichsanwalters Dr. Rüning angefertigt wurde, sind Vergleichszahlen angeführt. Hier einige davon:

Arbeitsuchende auf 1000 Einwohner in der Mitte des Monats	Jan. März Mai Juli Sept. Nov. Dez. (1930)						
	Reich	50	54	48	44	50	56
Schlesien	67	70	60	53	51	60	73

Lohn- und Körperschaftsteuer in Mark pro Kopf der Bevölkerung	1925 1926 1927 1928 1929 1930					
	Reich	30	42	52	60	57
Breslau	26	26	31	35	33	29

Einkommensteuer auf den Kopf der Bevölkerung	1925 1926 1927 1928 1929 1930					
	Reich	4,3	6	7	7,2	8,7
Breslau	3,1	4	5,2	5,2	6	5,2

Umsatzsteuer pro Kopf der Bevölkerung	1926 1927 1928 1929 1930					
	Reich	14	14	16	16	16
Breslau	12	11	13	12	12	12

Güterwagenbesitz in Prozenten der Reichszahl im Reichsbahn-Direktionsbezirk Breslau	1925: 3,97 1926: 3,86 1927: 3,80 1928: 3,76 1929: 3,67					
	1925: 3,97	1926: 3,86	1927: 3,80	1928: 3,76	1929: 3,67	

Epariallagen auf einen Einwohner	1925 1926 1927 1928 1929					
	Braun	14	32	45	100	149
Niederschlesien	8	23	44	70		

Konsum	1928 1929 1930		
	Reich	130	170
Niederschlesien	160	210	355

Ländliche Zwangsversteigerungen (in je 10 000 Hektar)	1925 1926 1927 1928 1929 1930					
	Braun	2	4	6	7	8
Niederschlesien	6	16	15	16	27	44,8

Leider enthält die Denkschrift keine Zahlen über die letzten Monate des Jahres 1930. Zum Teil fehlen sogar die Angaben für das ganze Jahr 1930. Es ist aber als feststehend anzunehmen, daß die Verschärfung der Wirtschaftskrise im Jahre 1930 sich in Schlesien tiefer ausgewirkt hat, als in den anderen Bezirken des Deutschen Reiches.

Der Angriff auf die Arbeiterlöhne und Angestelltengehälter!

Nach Abschluß des Berliner Metallarbeiterstreiks setzte in Schlesien die brutale Unternehmeroffensive auf die Löhne und Gehälter der Angestellten ein.

Querschnitt wurden die Löhne der Metallarbeiter in den Zentren Breslau und Niederschlesien um 6 Prozent und durch die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen tatsächlich um einen weit höheren Betrag gekürzt. Die Gewerkschaftsbürokratie in Niederschlesien stimmte dem Lohnabbau einfach zu. Die Bürokratie in Breslau unter Führung des „Inten“ Ziegler führte ein Mandat durch, mit dem Ergebnis, daß von den Funktionären nur etwa die Hälfte für Ablehnung des Lohnabbaus stimmte und „Ziegler“ daraufhin erklärte, eine eventuelle Urabstimmung der Metallarbeiter werde prozentual kein anderes Ergebnis zeitigen, und demzufolge sei eine Zweidrittelmehrheit für den Streik nicht gegeben. Obwohl die RGO. im voraus wußte, daß die Gewerkschaftsbürokratie nichts zur Organisierung eines Kampfes unternehmen wird, und obwohl sie rechtzeitig in der Presse die Gefahr signalisierte, war es doch nicht möglich, den Abwehrkampf der Metallarbeiter zu organisieren. Die durch Handzettel vorbereiteten Metallarbeiterversammlungen waren durcheinander, insbesondere in Breslau, schlecht besucht. Es war nicht möglich, auch nur in einem Betriebe einen Kampfausschuss zu wählen.

Bei den Buchdruckern, deren Reichstarif Ende Dezember abläuft, ist der Einfluß der RGO. schwach. Der RGO. war es nicht möglich, auch nur eine Versammlung zu organisieren. Im Breslauer Buchdruckerverband traten die Anhänger der RGO. nicht energisch genug mit ihren Vorschlägen und Anträgen auf. Der Buchdruckerarif wurde bis zum 13. Februar 1931 verlängert.

Bei der Verkürzung der Arbeitszeit für das Fahrpersonal der Städtischen Straßenbahn in Breslau von 8 1/2 auf 8 Stunden ohne Lohnausgleich fand eine Urabstimmung statt. Die RGO. stellte die Forderung, weder für 8 1/2 noch für 8 Stunden zu stimmen, sondern auf den Zettel zu schreiben: „Acht Stunden bei vollem Lohnausgleich!“ Es konnte nicht festgestellt werden, wie viele Kollegen der Forderung der RGO. Folge

geleistet hatten. Die Mehrheit entschied sich für 8 1/2 Stunden. Nachträglich wurde durch Nachstrafsammlung die achtstündige Arbeitszeit ohne Lohnausgleich eingeführt und keine Entlassungen vorgenommen.

Der Tarif der Breslauer Laufmännischen Angestellten wurde von den Unternehmern zum Ende Dezember gekündigt. Nach einem Schiedspruch wurde Ende Januar eine Vereinbarung getroffen, wonach für die 27 000 Angestellten eine Gehaltskürzung von 6 Prozent in Kraft tritt. Der RGO. war es nicht möglich, irgend welche Kampfmaßnahmen zur Abwehrung dieses Lohnabbaus durchzuführen.

Der Lohnsatz der Granitsteinarbeiter wurde zum Ende Januar gekündigt. Die Unternehmer fordern 10 und 15 Prozent Lohnreduzierung. Um ihre Wünsche besser durchdrücken zu können, haben sie so gut wie alle Belegschaften auf die Straße geworfen, und zwar mit dem Hinweis auf angebliches Fehlen von Aufträgen. Auch hier war es der RGO. bisher nicht möglich, betriebliche Kampfausschüsse zu wählen und einen Abwehrkampf zu organisieren. Die Lohnbewegung ist noch nicht abgeschlossen.

Massenstreik gegen Lohnraub und Entlassungen!

In der Entschließung der Plenarzentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands wird festgestellt:

„Das wichtigste Kennzeichen der proletarischen Revolution ist zweifellos unter den gegenwärtigen Bedingungen die wirkliche Organisierung und erfolgreiche Führung der proletarischen Wirtschaftskämpfe, vor allem der Massenstreik gegen Lohnabbau und Entlassungen durch die RGO.“

Nach dieser Feststellung stellt die Plenarzentrale selbstkritisch fest: „Bisher haben wir jedoch nur die allerersten und unzureichenden Erfolge auf diesem Gebiet zu verzeichnen. Die jüngsten Bewegungen und Masse streiks offenbaren zugleich mit der ungeheuren Steigerung der Kampfkraft und des revolutionären Kampfes der breitesten Massen eine außerordentliche organisatorische Schwäche, mangelndes Orientierungsvermögen, einen Mangel an Entschlossenheit und praktischer Tatkraft der Partei und der RGO.“

Die Kritik des Zentralkomitees der RGO. tritt in vollem Umfange für die RGO.-Arbeit im Bezirk Schlesien bei, ja, sie müßte für Schlesien noch um einiges verschärft werden.

Wirtschaftskampf — politischer Kampf

In der gegenwärtigen Situation ist jeder Wirtschaftskampf ein politischer Kampf. Diese Feststellung des Zentralkomitees hat keinesfalls die Bedeutung, daß es nunmehr nicht Aufgabe der RGO. sein soll, Kämpfe mit dem Ziel der Verbesserung der

Arbeitsbedingungen zu organisieren. Obwohl es in der Zeit der tiefgehenden Wirtschaftskrise schwieriger ist, einen erfolgreichen Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu führen, so darf die RGO. keinesfalls darauf verzichten. Das, was Lenin bei der Untersuchung der Lehren der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe 1905—1907 in Rußland festgestellt hat, hat auch für die Gegenwart in Deutschland volle Geltung, nämlich:

„Ohne enge Verbindung dieser zwei Streikarten (ökonomischer Streik, politischer Streik) ist eine wirklich breite Massenbewegung ohne Bewegung von gesamtgesellschaftlicher Bedeutung, unmöglich... Die Masse der Werktätigen läßt sich nie dazu bringen, sich einem allgemeinen „Fortschritt“ des Landes vorzusetzen, ohne ökonomische Forderungen, ohne unmittelbare und sofortige Verbesserung ihrer Lage... Im Kampf um die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen schwingt sich die Arbeiterklasse gleichzeitig zu einem höheren geistigen, moralischen und politischen Niveau empor, wird sie fähiger, ihre großen Befreiungsziele zu verwirklichen.“

In diesem Zusammenhang sei mit allem Nachdruck auf die Ausführungen des Genossen Thälmann über die „Politisierung der Wirtschaftskämpfe“ hingewiesen. Genosse Thälmann jagte:

„Wir müssen Schluss machen mit der Fragestellung von der sogenannten Politisierung der Wirtschaftskämpfe. Es handelt sich vielmehr darum, den politischen Charakter, den diese Kämpfe schon in sich tragen, herauszuarbeiten und zu entwickeln. Unrichtig ist auch die Meinung, daß der politische Massenstreik nur aus ökonomischen Streiks hervorzurufen könne.“

Mit aller Energie vorstoßen!

Bei den in den letzten Monaten und Wochen in Schlesien stattgefundenen Lohnbewegungen und Tarifverhandlungen ist die RGO. zu wenig führend in Erscheinung getreten. Bei den noch laufenden und noch bevorstehenden Lohnbewegungen muß eine entscheidende Wendung stattfinden. Die Vorbereitungen zum 25. Februar, dem Kampftag der Erwerbslosen, und zu den Betriebsräte-

wahlen können nur erfolgreich sein, wenn die RGO. in den Betrieben, auf den Stempelstellen und auf der inner-gewerkschaftlichen Front sofort mit allen verfügbaren Kräften einsteht, um der Führer der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen in der Verteidigung und Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen und Lebensstandards zu werden. Zugleich ist die Organisierung dieser Wirtschaftskämpfe der stärkste Schlag gegen den Massen-einfluß der National- und Sozialfaschisten. Die Durchführung erfolgreicher Wirtschaftskämpfe in Schlesien würde gleichzeitig eine empfindliche Störung der Vorbereitungen der deutschen Bourgeoisie zum Interventionskrieg gegen Sowjetrußland und zum Revanchekrieg gegen Polen bedeuten.

Wir fordern die Industriegruppenleitungen, die Ortskomitees, die Betriebsgruppen und die Erwerbslosenkomitees auf, sofort in selbstkritischer Weise die bisherige Arbeit zu überprüfen und

konkrete Angriffspläne für die nächsten zwei Monate anzuarbeiten.

Selbstverständlich sind die Ortsgruppen, Betriebszellen und Gewerkschaftsfaktionen und auch die Straßenzellen der Partei verpflichtet, mit allen Kräften die Arbeit der RGO. nicht nur zu unterstützen, sondern auch zu kontrollieren.

Genossen, unsere Arbeit entscheidet über die weitere Entwicklung der Dinge in Schlesien und in Deutschland. Je ähber, energischer, geistvoller wir es verstehen, die Kämpfe der Arbeiter und Erwerbslosen zu organisieren, je dem Einfluß der Sozial- und Nationalfaschisten zu entziehen, desto erfolgreicher die Verhinderung der faschistischen Diktatur, desto näher der Tag, an dem die deutschen Arbeiter erlöst werden!

Jetzt bestimmen wir in den Betrieben. Jetzt bauen wir an Stelle der Profitwirtschaft, die Millionen von Werktätigen zum Hungernde verurteilt, die Planwirtschaft des Sozialismus auf!

Wir sind gespannt!
welche Straßenzelle die ersten Erfolge ihrer Betriebsarbeit meldet!

Da jeder Straßenzelle ein Betrieb zur Bearbeitung zugewiesen sein muß, darf die Bezirksleitung wohl darauf rechnen, daß die Berichte schnell und zahlreich einlaufen.

Bezirksleitung Schlesiens der KPD.

Rund um den Erdball

Die Sachverständigen im Berliner Mordprozeß Ubrich

Zur blutigen Mordtat getrieben . . .

Durch Wirtschaftsnof und Wohnungselend zu „Verbrechern“ geworden

Das Interesse der Öffentlichkeit für den Mordprozeß gegen Lieschen Neumann, Stolpe und Benziger besteht unermüdet fort. Wie an allen bisherigen Verhandlungstagen, so war auch in der Frühe des Montagmorgens das sensationswütige Publikum auf den Beinen, um noch einen Platz im Zuschauerraum zu ergattern. Die ersten Zuschauer sammelten sich vor dem Eingang ins Gerichtsgebäude bereits nachts um 12 Uhr und warteten dort geduldig in der bitteren Kälte bis gegen 9.45 Uhr der Zuschauerraum geöffnet wurde. Es sind dies ausgehungerte Erwerblosse, die ihre Hungerunterstützung dadurch vermehren, daß sie ihre Plätze im Zuschauerraum an die reichen „Arbeitslosen“, die mit ihren eleganten Automobilen gegen 10 Uhr vorfahren, verkaufen. Preise von 6 Mark und mehr werden gezahlt.

31 Händler wollen Stolpe helfen

Daß Stolpe nicht der schlechte Junge ist wie ihn die Sensationspresse der Satten und Nichtsteuer hinstellt, geht aus einem Schreiben hervor, das von 31 Berliner Marktgehändlern des Wochenmarktes unterschrieben ist. Stolpe war Kuchler auf diesem Wochenmarkt und die 31 Händler schätzten ihn als einen gutmütigen, zuvorkommenden, arbeitssamen und fleißigen Menschen. Sie haben, um diesem Jungen helfen zu

können, die Unterschriften gesammelt und einen Händler als Zeugnisszeugen zum Prozeß entsandt.

Den größten Teil des vierten Verhandlungstages nahm das ausführliche Sachverständigen Gutachten Dr. Leppmanns in Anspruch. Von seiner Aussage hängt im wesentlichen das weitere Schicksal der Angeklagten ab, hinter denen drohend die Gestalt des Henkers steht, das mordende Weil in der Hand.

Bei allen drei Angeklagten ist das Hauptmotiv zur Tat wirtschaftliche Notlage, enge häusliche Verhältnisse, der Hunger

nach einem besseren Leben. Alle brühte die Armut, das Elend zu Hause. Lieschen sagte mehrmals in der Verhandlung: „Wenn wir Geld gehabt hätten, dann . . .“ Darin liegt das Leitmotiv zu ihrem Verbrechen. Hätten sie Geld gehabt, brauchten sie nicht hungern, entbehren, die Tat wäre ungefallen geblieben. Sie sind nicht schlechter als Millionen Jugendliche, deren Leben, genau so wie das ihrige, nur Hunger und Arbeitslosigkeit ist, die alle unter dem Joeh des Mokohe Young zu leiden haben.

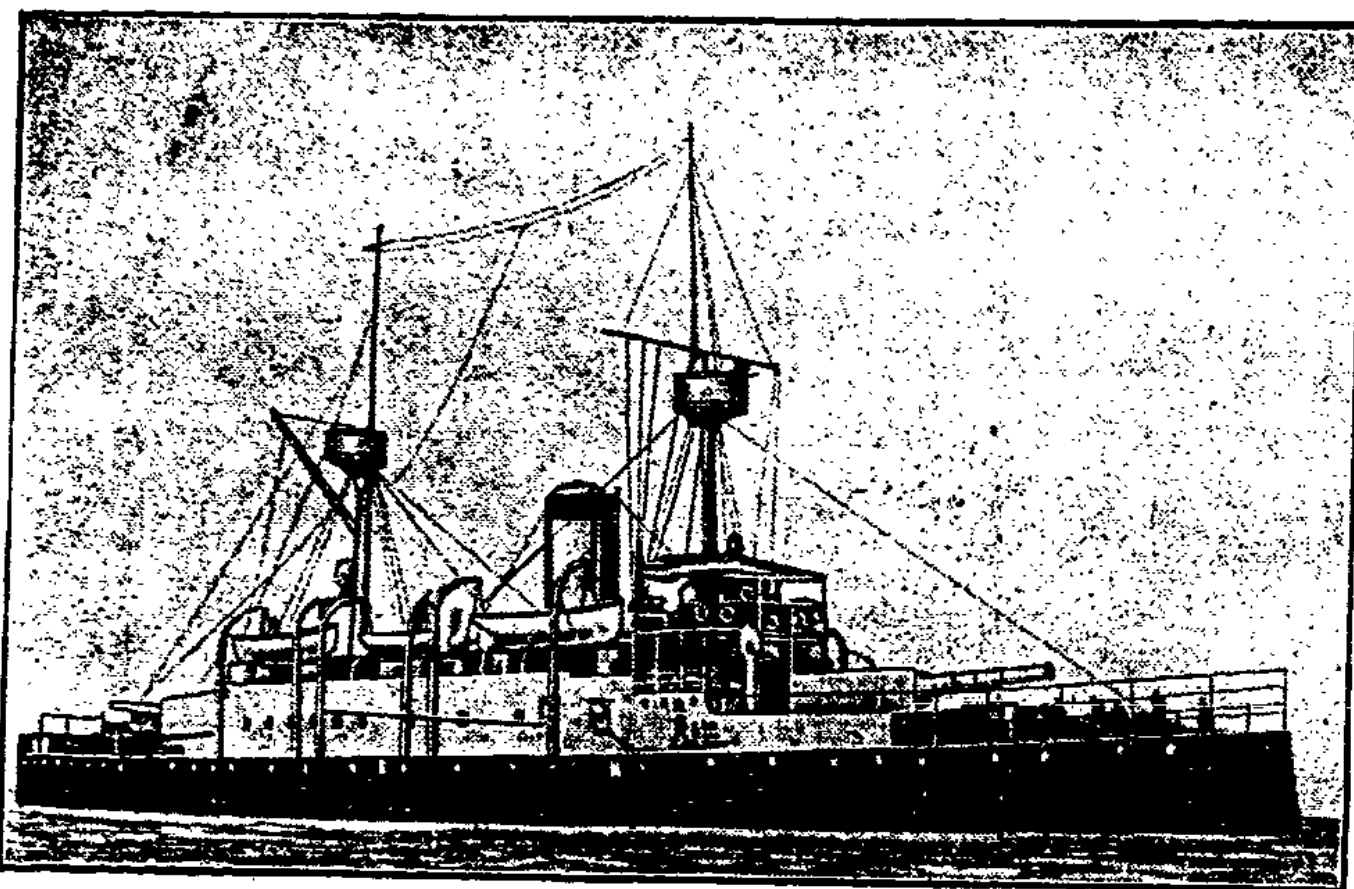
Sachverständige für Benziger

Benziger, der kleine, gutmütige Junge, dem seine Verwandten und Bekannten nie eine solche Tat zugetraut hätten, er ließ sich zu dieser entsetzlichen Tat hinreißen aus Angst vor Lieschen selbe zu erscheinen. Und diese Angst, als Feigling zu gelten, ließ die Angst vor der grauenhaften Tat überwinden. Er ist, wie sich der Sachverständige Abraham ausdrückt, zu einer Tat getrieben worden, die nicht seine eigene ist. Ihm fehlt die volle Einsicht für die Strafbarkeit seines Handelns.

So einfach das Persönlichkeitsbild des Angeklagten Benziger ist, so schwer ist ein solches für die sechzehnjährige Lieschen zu finden. Bei ihr wechselt Stimmung und Charakter in Sekunden, wie auch die Verhandlungen mehr als einmal zeigen. Eben noch fließen ihr Tränen der Reue, der Angst und der Verzweiflung über die Wangen, schon lacht sie wieder und blüht interessiert um sich. Dr. Leppmann sagt ihre Charaktereigenschaften in einem Satz zusammen: „Das einzig Beständige in ihrem Leben ist die Unbeständigkeit“. Ihr muß man eine freie Willensbildung absprechen.

Im Gutachten schneidet Stolpe, als treibende Kraft bei der Ermordung des Uhrmachers, am schlechtesten ab. Sein Schicksal ist so gut wie besiegelt. Er braucht keine Gnade zu erwarten. Man wird ihm volle Verantwortung für seine Tat zusprechen.

Mexiko verramscht seine „Kriegsflotte“



Die Pazifisten aller Länder stimmen zur Zeit ein großes Triumphgeschrei über den Verkauf der mexikanischen Kriegsflotte an. In Wirklichkeit aber liegen die Dinge so, daß Mexikos einzigstes Kriegsschiff, also der hier abgebildete 3200 Tonnen große Küstenpanzer „Anahuac“ infolge seines respektablem Alters überhaupt keinen Gefechtswert mehr besitzt und darum als altes Eisen verkauft werden soll. Also mit dem Abrüsten der Imperialisten ist es wieder einmal nichts!

Blatatkrieg um Remarque-Film

„Diplomatische Beziehungen“ zwischen Saarbrücken und Forbach abgebrochen

Saarbrücken, 2. Februar. Die Stadtväter von Saarbrücken einerseits und von Forbach in Lothringen andererseits haben die diplomatischen Beziehungen um den Remarque-Film „Im Westen nichts Neues“ abgebrochen.

Zur Zeit tobt auf beiden Seiten ein heftiger Blatatkrieg. Der Oberbürgermeister von Saarbrücken hatte einem Kinobesitzer von Forbach die Plafatierung des Remarque-Films mit der Begründung verweigert, daß städtische Plafatisten nicht für „auswärtige“ und „ausländische“ Filme Kellame machen dürfen. Der Bürgermeister von Forbach beantwortete nun diese Provokation mit der Ankündigung des Verbots aller Saarbrückener Plafate. Der Wirtschaftskrieg zwischen dem saarländischen Saarbrücken und dem französischen Forbach ist also entbrannt. Selbstverständlich wird die Arbeiterschaft der beiden Städte versuchen, den von dem nationalstiftischen Oberbürgermeister von Saarbrücken inszenierten „Grenzkrieg“ in proletarischem Sinne zu beenden.

Ein ganzes Leben unschuldig hinter Zuchthaus gittern

40 Jahre als Mörder festgehalten

Auf Grund von „Indizienbeweisen“ vom Klaffengericht seinerzeit verurteilt

Dessaun, 2. Februar. Die bürgerliche Klassenjustiz, die bereits in unzähligen Fällen durch sogenannte „Indizienbeweise“ Unschuldige zu langjährigen Gefängnis- oder Zuchthausstrafen verurteilte oder sogar dem Henker überantwortete, ist jetzt wiederum durch das Eingeständnis eines Mörders gezwungen, ein körperlich und geistig vollständig gebrochenes Opfer der „Rechtspraxis“ nach Verbüßung einer 40jährigen Zuchthausstrafe als völlig unschuldig entlassen.

Dieses kaum glaubliche Justizverbrechen ist in dem Dorfe Droja im Kreise Cöthen geschehen. Dort war nun vor 40 Jahren ein junger Mann namens Theermann auf Grund von „Indizienbeweisen“ zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt worden, weil er „überführt“ war, eine Frau ermordet zu haben.

Als Indizien galten den Klaffenrichtern von damals einzig und allein die Tatsache, daß er der Erbe der Ermordeten war. Es nützte ihm nichts, daß er seinerzeit leidenschaftlich immer wieder und wieder seine Unschuld beteuerte und als Täter seinen Pflegevater, einen Gastwirt in Neupzig, bezeichnete. Tatsächlich wurde der Gastwirt verhaftet. Doch der beteuerte ebenfalls seine Unschuld und führte drei Zeugen an, die bezeugen sollten, daß er zur Zeit des Verbrechens in seiner Wirtschaft beschäftigt gewesen sei. Zwei der Zeugen beschworen, überhaupt nicht in der Wirtschaft gewesen zu sein. Der dritte Zeuge jedoch sagte unter seinem Eid aus, der alte Theermann sei in der Wirtschaft gewesen. Und auch die beiden anderen Zeugen wären in der Wirtschaft gewesen, doch da der Besuch dieses Gastwirts den Angestellten der Domäne verboten sei, wollten sie es nur nicht eingestehen.

Daraufhin wurde der Gastwirt Theermann freigesprochen und die beiden Zeugen erhielten wegen Meineid längere Gefängnisstrafen. Nun erschien den Klaffenrichtern von damals die Blutschuld des jungen Theermann einwandfrei erwiesen. Das Verfahren gegen ihn wurde wieder aufgenommen und endete mit seiner Verurteilung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

Nunmehr, nachdem er über 40 Jahre hinter Zuchthausgittern geschmachtet hatte, gelang ein Einwohner des Dorfes Schönebeck, den Mord an der Frau in Droja verübt zu haben. Doch was nützt dieses Mordgeständnis noch dem durch die lange Zuchthausstrafe völlig körperlich und geistig zusammengebrochenen Theermann? Nichts. Ein bebauertes Opfer der „Rechts-

praxis“ der bürgerlichen Klassenjustiz ist also der „goldenen Freiheit“ zurückgegeben worden. Zeitig genug, um — in „Freiheit“ zu sterben.

Schneestürme in England

London im dichten Nebel

London, 2. Februar. Schottland und der Norden von England hatten während des Wochenendes unter schweren Schneestürmen zu leiden, die erhebliche Störungen im Verkehr hervorriefen.

Der Expresszug von Inverness nach London hatte eine Verspätung von dreizehn Stunden, da die Strecke vollständig verschneit war.

Gegen die Mittagstunde legten sich plötzlich so dichte Nebelschwaden über London, daß die Straßen in völliges Dunkel gehüllt waren. Die seltsame Naturerscheinung dauerte etwas über eine Stunde.

Zwei Kinder beim Robeln getötet

Ein mit vier Kindern besetzter Robelnschlitten fuhr am Sonntag in Giedorf, im Westfälischen Kreise Meschede, einem mit Winterportlern besetzten Auto, auf stark abfälligem Wege in die Tiefe. Zwei Kinder wurden auf der Stelle getötet. Von den beiden anderen Kindern, Geschwister des einen getöteten Kindes, erlitt das eine einen schweren Schädelbruch, das andere eine Gehirnerschütterung.

Zum Frauenmord in Chemnitz

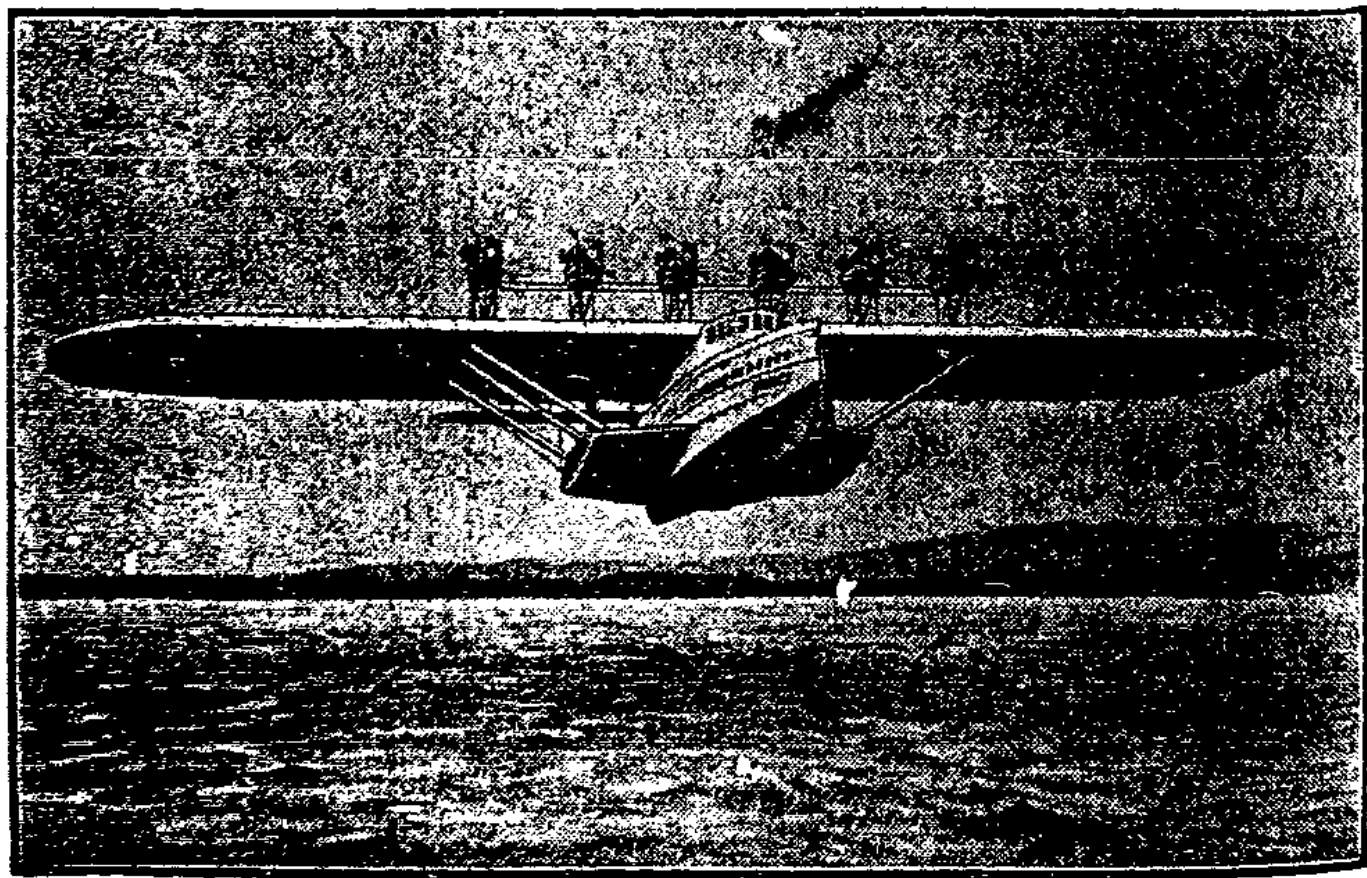
Zu dem von uns bereits gemeldeten furchtbaren Frauenmord in Chemnitz meldet die Kriminalpolizei, daß es jetzt gelungen sei, die Persönlichkeit der Ermordeten festzustellen. Es ist eine Kellnerin Hilma Hofmann, die in Prostituententrieben verkehrte. Am 27. Januar abends ist sie zuletzt gesehen worden. Bis auf Arme und Beine der Ermordeten konnte der vollkommen zerstörte Leichnam, wie bereits gemeldet, geborgen werden.

Ein Riesendiamant in Westtransvaal gefunden

Zwei Diamantengräber, die seit Monaten in Westtransvaal vollkommen ergebnislos Diamanten gesucht und gerade ihren letzten Pfennig verzehrt hatten, fanden einen zweihundertkarätigen Diamanten, der als der größte gilt, der je in diesem Gebiete gefunden wurde. Fachleute schätzen den Fund auf die riesige Summe von über 2 Millionen Mark.

Do X in Las Palmas

Das Riesenslugzeug Do X der Dornierwerke, das sich zur Zeit auf der Fahrt nach Südamerika befindet, hat die erste Etappe seines Ozeanfluges in Las Palmas beendet. Eine grobe Dünnung, die sogar großen Dampfer das Auslaufen unmöglich machte, verhindert am Sonntag den Start des Do X zur Weiterfahrt.



Wir bringen morgen eine Sondernummer heraus! — Ein neuer Justizskandal in Breslau — Nazi-Sumpf — Gesinnungslumperel der Breslauer „Neuesten Nachrichten“ — Genossen, Kolporteur! Sorgt für Massenverbreitung

Breslau

Skandalöse Straßenverhältnisse in Karlowitz

In fast allen seit fast nunmehr einem Jahr eingemeindeten Stadtteilen lassen die Straßenverhältnisse viel zu wünschen übrig. Der Zustand der Straßen vor den Neubauten „Am Markt“ in Breslau-Karlowitz jedoch steht allem bisher Dagewesenen die Krone auf. Die Wohnungen der Häuser „Am Markt“ und „Am Erlenbusch“ sind nun seit fast drei Jahren bezogen. Es ist hier allgemein üblich, daß die Straßen erst nach Fertigstellung der Häuser besetzt werden; aber den Mietern dieser Wohngegend Breslaus mußt man nun schon seit drei Jahren zu, täglich im Morast zu waten. Geht man von der Straßenbahnstation nach dem Markt, so führt der kürzeste Weg durch die am Markt gelegene Seitenstraße „Am Erlenbusch“. Die Straße weist keinerlei Beseitigungen auf. Bei dem zurzeit herrschenden Winterwetter ist es unmöglich, von hier nach dem Markt zu gelangen. Bei nassem Wetter versinkt man bis über die Knöchel im Schlamm, so daß ein Vorwärtkommen unmöglich ist. Zeigt nun Frost ein, dann ist die Straße mit Eis bedeckt. Wege vom ortsfremden Fußgänger, der versucht, abends im Dunklen — Straßenbeleuchtung fehlt ganz — diese Straße „Am Erlenbusch“ zu passieren; eher bricht er sich in der Dunkelheit die Fehle, als er hier vorwärts kommt. So bleibt den Bewohnern dieser Gegend nichts anderes übrig, als den weiteren Weg durch den Torbogen zu wählen. Aber auch vor den Häusern „Am Markt“ herrschen ähnliche Zustände. Man fragt sich unwillkürlich: Wohnen hier Breslauer Bürger zweiter Klasse?

Werbeveranstaltung des „Freien Radiobundes“

Die am Sonnabend in der „Stadt Namslau“ stattgefundene Werbeveranstaltung des „Freien Radiobundes“ gestaltete sich zu einem großen Erfolg dieser jungen Organisation. Der Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach der Begrüßung der Junggenossinnen und -genossen traten die Techniker des „FRB“ den sowjetischen Gemeindefunkern herein. Leider hatten sich im letzten Augenblick unwahrscheinliche Schwierigkeiten eingestellt, die dieses Experiment außerordentlich schwierig gestalteten. In der Nähe des Lokals befindet sich ein Marmorfabrikant, dessen Motore Tag und Nacht laufen. Die Wellenausstrahlungen dieser Motore störten andauernd die Empfangsmöglichkeiten, so daß es zum Bedauern der zahlreichen Funkfreunde nur für wenige Momente möglich war, Moskau zu hören. Neben Moskau gelang es dann, Leningrad zu bekommen. Die Darbietungen des Sow-Senders waren aber alle in russischer Sprache. So ging man denn nach einigen Bemerkungen zu dieser unliebhaften Störung dazu über, proletarische Schallplatten, die die hiesige Arbeiterbuchhandlung, Oberstraße 20, geliefert hatte, mittels Schalldose auf einen Lautsprecher zu übertragen. Von den ausgezeichneten Platten, die zur Vorführung kamen, wollen wir besonders das „Lied von der Nationalisierung“ von Erich Weinert erwähnen, ebenfalls „Der heimliche Krieg gegen die Sowjetunion“, ein Chanson von Erich Weinert, das sehr großen Beifall erleben konnte. Ferner wurden die „Internationale“, die „Marzialaise“, der „Rote-Marsch“ und viele andere, hervorragende proletarische Schallplatten gespielt. Eine Rede Lenins und eine Ansprache Karl Liebknechts kamen daraufhin zum Vortrag. Danach wurden in einer kurzen Diskussion verschiedene wichtige Tagesfragen erörtert, die dringend zur Debatte standen. Die Teilnehmergenossen übertrugen dann noch einige in- und ausländische Stationen. Es gelang, etwa 20 Neuaufnahmen für den „Freien Radiobund“ und einige Leser für den „Arbeiter-Sender“ zu gewinnen. Der „Freie Radiobund“ hat durch diese Werbeveranstaltung einen weiteren Schritt für seine bedeutsame Zukunft getan, und die Aussicht besteht, daß diese sehr wichtige Organisation bald mit den bürgerlichen Funkverbänden in zahlenmäßiger Konkurrenz treten kann. Jeder funktüchtige Genosse muß es als seine Pflicht erachten, auch in Zukunft jede Werbeveranstaltung des „Freien Radiobundes“ zu besuchen. Jeder Junggenosse muß dieser Organisation beitreten, und durch diesen Beitritt dazu verhelfen, daß die Ziele des „FRB“ erreicht werden können. Am kommenden Sonnabend findet im Büro der Z.N.G. Freiheitsgasse, der erste technische Abend des „Freien Radiobundes“ statt. Alle Genossen, die ein Interesse an ihrer Schulung zu perfekten Radiomaneuren haben, sollen erscheinen. Beginn um 19 Uhr. Rot Funk!

Zeugen gesucht!

Am 11. September (vor der Reichstagswahl) vormittags ereignete sich auf der Albrechtstraße ein Zusammenstoß zwischen Nazis und Arbeitern. Daraufhin wurde gegen die Arbeiter Döring, Friedrich und Kirchner ein Verfahren wegen „Landfriedensbruch“ eingeleitet. Wir fordern alle Zeugen des Vorfalls auf, sich in der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ zu melden.

Erwerbslose RGO-Anhänger!

Am Mittwoch, dem 4. Februar, um 17 Uhr, in der „Stadt Selzig“, Ursulinerstraße, gegenüber dem alten Präsidium: RGO-Sammlung für die erwerbslosen Kollegen. — Erscheint zahlreich!

Der tägliche Selbstmord!

Am Montag, dem 2. Februar, verübte der 57jährige Friseur Hugo S. in seiner Wohnung in der Hummerlei Selbstmord durch Gasergiftung.

Marxistische Arbeiterschule

Montag, den 4. Februar, 20 Uhr Stenographie-Kursus im Lokal Mosler, Uferstraße 20. Teilnehmer können sich noch zu diesem Kursus melden. Donnerstag, den 5. Februar, 20 Uhr beginnt der neue Kursus „Imperialismus, Militarismus, Faschismus“. Alle Interessenten der „Majak“ werden aufgefordert, an diesem Kursus teilzunehmen.

Mittwoch Generalversammlung der Freidenker

Am Mittwoch, dem 4. Februar, um 20 Uhr findet die Generalversammlung der Freidenker statt. Wir fordern alle Kollegen zum Erscheinen auf. Für die Mitglieder der kommunistischen Partei ist das Erscheinen Pflicht!

Bemöglichte Christen. Der Polizeibericht meldet: Eine unbekannte Frau geht von Haus zu Haus und sammelt unberechtigt für den deutsch-evangelischen Frauenbund. Die Arbeiterschaft kann auf diesen Schwindel nicht hereinfallen, da es gegenüber den christlichen Schwärzereien nur eine Parole gibt: Taschen zu! Wenn die Arbeiterschaft etwas gibt, dann für die rote Hilfe und für die Z.N.G.

Kommunistische Stadtverordnetenfraktion. Mittwoch, 4. Februar, 19 Uhr, Sitzung der Stadtverordnetenfraktion mit der Kompostteilung, Trebnitzer Straße 50.

Rationalisierung der Stadtverwaltung

Ein schönes Geschäft für 8000 Mark — Vorstellung gegen Ersatz der Reisepfeifen

Gibt es da in Frankfurt am Main einen Dr. Ing. Eide. Dieser gibt sich als Fachmann auf dem Gebiete der „Rationalisierung der Stadtverwaltungen“ aus. Vor einigen Tagen hat er den Fraktionen im Breslauer Rathaus eine gedruckte Offerte zugestellt, in der er sich anbietet, auch die Breslauer Stadtverwaltung zu rationalisieren. Die Offerte besteht aus den üblichen geschäftlichen Urteilen, aus Referenzen, einer Aufstellung über die in Frankfurt, Altona, Pankow, Freiburg und Heidelberg geplanten bzw. durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen und enthält auch einen Vorschlag über die Summen, die die Stadt an den Dr. Ing. Eide zu zahlen hätte. Da lesen wir unter anderem: „Falls Sie Interesse für meine Ausführungen haben sollten, bin ich gegen Ersatz der Reisepfeifen gern bereit...“

Februar-Spielplan im Liebig-Theater. Auch der Februar-Spielplan zeigt, daß das Liebig-Theater unter der Direktion Sagasser sich mit der bisher eingeschlagenen Linie, nur Gutes zu bringen, fortbewegt. Die Tanzkunst wird von Anna Petrowa und ihrem Ballett vertreten. Jedermann, der lustige Sagabund am Flügel zeigt, daß man auch ohne irgendwelche große Aufmachung eine droffige Nummer darstellen kann. Noch nie gezeigte Akrobatik führen Blunetou und Charli, die Indiarer-Akrobaten, vor. Der reiche Liebeshag der Russen bietet Ermals Don-Rosalen wie all den vielen anderen Emigranten und Antifaschisten Gelegenheit, ihr Leben zu krönen. Rico und Alex, diese komische musikalische Nummer, erschüttert das Zwerchfell. Mit sehr guter Ausstattung arbeitet Marinot und sein Kabe auf dem Gebiet der Zauberei. Bonze de Angolis führt Geschicklichkeitsspiele vor, während sich Pan und Tschid als Exzentriker zeigen. Die Hauptnummer dieses Programms ist der vom Publikum stürmisch begrüßte Dito Reutter, der nun zum 25. Male bei Liebig auftritt. Liebig's Woche beschließt das Programm. Rds—

Die Kosten für ein Gutachten betragen:
Städte von 25 000 bis 50 000 Einwohner 4000 Mark.
Städte mit 50 000 bis 100 000 Einwohner 6000 bis 8000 Mark.
Städte über 100 000 Einwohner ab 8000 Mark.
Alle Achtung vor dem Dr. Ing. Eide. Er versteht es, aus der Rationalisierung, die für Hunderte und Tausende Arbeiter, Angestellte und Beamte die Arbeitslosigkeit mit sich bringt, für sich selbst ein einträgliches Geschäft zu machen. Wir sind begierig, ob die Fraktionen im Breslauer Stadtparlament wagen werden, die Dienste des Herrn Dr. Ing. Eide zur Empfehlung zu bringen.

Alle Werktätigen des Westens

Kommen am Donnerstag um 20 Uhr in den „Zentralballsaal“, Westendstraße, zur Versammlung. Es spricht ein Vertreter der kommunistischen Partei. Unkostenbeitrag 10 Pfennig. Arbeiter, Werktätige, erscheint zahlreich!

Arbeitersport

Chefredakteur des Hirschberger SPD-Blattes - bürgerlicher Sportler

Schlesische Gaukonferenz des Arbeiter-Angler-Bundes

Am 18. Januar fand in Breslau die Gaukonferenz des Arbeiter-Angler-Bundes Schlesien des Reichslands statt. Anwesend waren 24 Delegierte der dem Gau angeschlossenen Vereine. Die Aussprache war eine sehr rege. Es wurde von allen Kollegen scharfe Kritik geübt an dem Verhalten der Behörden beim Verpachten von Sportgewässern und über die Ausgabe von Fischerei-Erlaubnisscheinen. Beschlüsselt werden für andere Sportvereine staatliche Mittel zur Verfügung gestellt, aber wie sieht es gegenüber den Arbeiteranglern aus? Jede kleine Fische, über die die Behörden verfügen, wird zu hohen Preisen verpachtet. Die pachtenden Vereine werden trotz des viel zu hoch herausgehobenen Pachtzinses noch verpflichtet, jährlich bis zu 75 Prozent des Pachtpreises für neuen Fischbesatz zu zahlen. Die Anglerproleten dürfen wohl ihre Pacht bezahlen, aber um die Verkeimung und Vergiftung der Gewässer halten es die Behörden nicht so genau. Erklärte doch ein Sportgenosse aus Ohlau, daß dort nur noch „Warme Wiener“, aus Ohlau angeschwemmt, gefangen werden. Will das Herr Dr. Drenth nicht wissen? Was will der Boberverein, will auch er seine schützende Hand über die Papiermagnaten heben, die doch die größten Verunreiniger des Bobers und des Zadens sind? Die fließenden Gewässer müßten doch Allgemeingut sein.

Das Hirschberger SPD-Blatt ist ein Mitglied des bürgerlichen Gesangsvereins, wo er ja auch hingehört! Die andere Nummer ist der zweite Schiffe Ulrich, zugleich strammes Mitglied der SPD. Seine Frau, noch vor kurzer Zeit Kirchengegnerin, scheint sich wieder mit den Pfaffen angezogen zu haben. Man sieht sie jetzt regelmäßig mit dem Gebetbuch in die Kirche rennen. Beide Söhne des Ulrich sind aktive Mitglieder des treudeutschen Sanitätsbundes, trotzdem einer der beiden ebenfalls der SPD angehört.

Der Gau Schlesien hat im letzten Jahre eine beträchtliche Zunahme zu verzeichnen. Aber gar nichts von einem Arbeiter-Angler-Bund wollen sie nicht scheint der schöne Mann mit dem wunderbaren Vollbart, a la Judas, mit Familiennamen Auer, Chefredakteur der „sozialfaschistischen“ Hirschberger „Volkszeitung“. Nicht genug kann dieses Blättchen schreiben von einem „besseren Zusammenhalt der Arbeiter“. Zeile auf Zeile steht eine Lüge an der anderen von der Zerstörungswut der Kommunisten. Aber wer zerstört hier wieder einmal? Sie, Herr Auer, sind der Zerstörer der Arbeitereinheit. Sie, Herr Auer, nehmen die Arbeitergroßen und tragen Sie in den bürgerlichen Anglerverein zu Hirschberg. Sie, Herr Auer, der Sie anderen Arbeitsgenossen in dem Ihnen unterstehenden Blättchen Moral predigen wollen, Sie tragen die Arbeitergroßen in den Deutschen Anglerbund. Sie, Herr Auer, glauben doch der überzeugteste Sozialist zu sein, aber nur in Ihrem Kontor.

Arbeitersportler! Hier habt ihr ein gutes Betätigungsfeld. Räumt mit diesen Leuten, die sich im bürgerlichen Sport betätigen und in der SPD große Neben schwingen, so wie es sich für Klassenbewußte Proleten gehört, auf. Wir sagen euch aber: Mit diesen Einfall in der SPD auszumitteln, könnt ihr nicht der SPD angehören; dies könnt ihr nur, wenn ihr euch der SPD anschließt!

Aus dem Ortskartell Waldenburg

Am 31. Januar tagte das Ortskartell Waldenburg. Es nahm verschiedene Eingänge und Jahresberichte unter den üblichen Phrasen von „hoffentlich besserer“ entgegen. Man jammerte über die schlechte Wirtschaftslage, hütete sich aber, dazu politische Stellung zu nehmen, da man schließlich müßte, daß die SPD-Führerschaft an dem Glend mitschuldig ist. SPD-Sportgenossen, jetzt ihr nicht bald ein Morast. Ihr laßt euch gegen die oppositionellen Sportgenossen aufheben, von Führern, die mit ihren hohen Gehältern den Kampf für den Sozialismus schon längst aufgegeben haben. Ist es nicht ein Skandal, daß der Genosse Papelt nur deshalb als Revier des Ortskartells nicht gewählt wird, weil er oppositionell eingestellt ist? Man will oben hübsch unter sich bleiben. Trotzallem, die Lösung lautet — Rot Sport!

Sportgenossen, meidet solche Elemente, die ausgesprochene Faschisten sind und eure abgedarbteten Groschen dazu benutzen, eure Bewegung zu untergraben. Und Sie, Herr Auer, Chefredakteur von der Hirschberger „Volkszeitung“, schämen Sie sich nochmals, die Arbeitergroßen in den treudeutschen Anglerbund zu tragen. Das Arbeitergeld — der revolutionären Arbeiterbewegung!

Sozialdemokraten im bürgerlichen Sport

„Heraus aus den bürgerlichen Klimbim-Vereinen, hinein in die Arbeiter-Gesang- und Sportvereine.“ mit dieser Aufforderung wendet sich die „Bergnacht“ in fast jeder Ausgabe an ihre Leser. Daß diese Worte vor allem bei den sogenannten Arbeiterführern der SPD keinen Anklang finden, dazu wird uns aus Konradswaldau bei Saccara folgendes berichtet: Der frühere Ortsvorsitzer Beer, der als Kipt-Revolutionär bekannt ist, ist als Vorsitzender der SPD-Ortsgruppe Gemeindevorsteher und erster Schiffe noch heute a.l.

Freie Turner I Königszelt — Freie Turner I Peterswaldbau 10:1 (4:0)

Obige Mannschaften standen sich in einem Freundschaftsspiel gegenüber, und die Königszeltler Elf konnte trotz Ersatz (Mittelstürmer und Halbrechts) den Peterswaldbauer Genossen diese Niederlage aufzwingen. So schlecht war die Peterswaldbauer Elf nicht, wie das Resultat besagt, hier war wieder mal Pech dabei. Bei dem Stande von 6:0 erhielt Peterswaldbau einen Elfmeter zugesprochen (wegen zu scharfen Angehens), welcher ihnen das verdiente Tor eintrachte. Das achte Tor vom Halbrechts war ein glattes Abseits. Der Schiedsrichter hatte ein leichtes Amtieren, da sich beide Mannschaften als Arbeiter-sportler benahmen.

Die Königszeltler Jugend konnte nach ausgeglichener Spiele die Bezirksmeister-Jugend von Peterswaldbau 4:3 schlagen. Am Sonntag, dem 25. Januar, konnte Königszelt Jugend die Jugend I von Sparta-Striegau mit 4:0 abfertigen. Königszelt II gegen Bezirksmeister der B-Klasse Striegau II 5:1.

„Eide“ Nieder-Salzbrunn — VfR Freiburg 6:5 (3:2)

Am vergangenen Sonntag hatte der Sportverein „Eide“ Nieder-Salzbrunn den VfR Freiburg zu Gast. Die „Eide“-Elf, die fünf Ersatzleuten antrat, konnte das Spiel mit 6:5 gewinnen. Die Jugend gewann mit 3:2. Beide Spiele verliefen ruhig.

Waldenburger Bergland

Das Landesarbeitsgericht im Dienst der Grubenbarone

Nachspiel zum Streik der Kumpels im Jahre 1928

Das Landesarbeitsgericht Breslau hat dieser Tage eine Entscheidung gefällt, die wieder mal den Beweis erbracht, wie recht die Kommunisten seinerzeit gehabt hatten, als sie bei der „Reform“ des Arbeitsgerichts darauf verwiesen, daß diese Gerichte genau so ein Instrument des Klassenstaates bleiben werden, wie auch die übrigen Gerichte. Bei dem Streik 1928 wurden bekanntlich die Arbeiter ausgeperert, und durch einen Schiedspruch sollten die Grubenbarone gezwungen werden, alle Ausgesperreten wieder einzustellen. Aber es war vergeblich, daß dies „nur nach Maßgabe der betriebstechnischen Möglichkeiten“ geschehen sollte. Das war natürlich nichts anderes als ein schamloser Betrug der Bergarbeiter, wie jetzt auch das Landesarbeitsgericht bestätigt hat. 16 Kumpels der Fürstensteiner Gruben, die nicht wieder eingestellt worden waren, hatten auf Veranlassung des Verbandes Klage ein-

gereicht. Zwei Klagen wurden vorweggenommen und das Landesarbeitsgericht Breslau hat jetzt als Verurteilungsinstanz die Klage der Arbeiter abgewiesen, da nach Auffassung des Gerichts „der Bergbauverein seiner Pflicht, nach betriebstechnischen Möglichkeiten die Entlassenen wieder einzustellen“, genügt hätte.

Mit diesem Urteil hat das Gericht eindeutig nur die Interessen der Grubenbarone gewahrt und gleichzeitig einen sehr wertvollen Beitrag zu der „berühmten“, von den Verbandsbürokraten so verherrlichten Schlichtungspraxis geliefert. Die Bergarbeiter, die eben jetzt erst von dieser Bürokratie so schmächtig verraten wurden, werden auch aus diesem Vorfall ihre Lehren zu ziehen haben, die selbstverständlich nur dahingehen können, mit dieser Gesellschaft endgültig Schluss zu machen.

Reichsbannerarbeiter, wer fürchtet die Wahrheit?

„Wer die Wahrheit kennt und verträgt sie nicht, der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht“

Mit diesem schönen Satze begann Herr Alexander, Reichsbannergeneral aus Breslau, seine Rede, die er in der öffentlichen NB-Verammlung in Jöhben hielt. Die bedauernswerten Zuhörer, in der Hauptsache Reichsbannerleute (aus Jöhben selbst waren noch nicht ein Väterdühnd NB- und SPD-Leute da) mußten fast zwei Stunden lang dem langweiligen Gerede Alexanders zuhören. Der Inhalt seiner Ausführungen bestand nur darin, zu beweisen, daß die Führer der Nazis Verräter und Galunken seien, was an sich nicht schwer war. Wer ermahnt hatte, von Alexander etwas über den Kampf gegen die ungeheure Volksausplünderung zu hören, oder auch nur, wie der Kampf politisch gegen den Faschismus zu führen

singen, hin und her zu laufen, um nicht in dem eiskalten Saal nur um des Geschwäzes von Alexander willen zu erfrieren, sah sich dieser genötigt, aufzuhören, was durch einen matten Beifall der Erleichterung anerkannt wurde.

Als Vertreter der zahlreich im Saale befindlichen kommunistischen Arbeiter und der Mitglieder des Kampfbundes sprach unser Genosse Weher, Breslau. Er betonte, daß die revolutionären Arbeiter in vorbildlicher proletarischer Disziplin der Rede Alexanders zugehört hätten, da sie hierher gekommen seien, um sich mit Arbeitern des Reichsbanners und den sozialdemokratischen Klassengenossen darüber zu beraten, wie wir gemeinsam gegen den blutigen Fas-

chismus, gegen Fanger und Volkspoländerung kämpfen könnten. Der Faschismus aber ist nicht nur bei den Nazis „zu Hause“, sondern es sind auch jene Reichsbanner-, Lameraden wie Birch oder sein Parteigenosse Brünig genau solche Volkseinde wie die Nazis. Auch die SPD-Führer hätten dem Faschismus die Wege geebnet (KfV-Verbot, Notverordnungen usw.), und sind jetzt zu Trägern dieses Fanger-systems geworden. Während Alexander schon bauend versucht hatte, unseren Genossen zu hören und zu unterbrechen, wurde er jetzt sehr zornig und erklärte, das gehöre nicht hierher.

Doch mit Zustimmung der Versammlung konnte der Genosse Weher weiter reden.

Er bewies den NB-Kameraden, daß ihre Führer keinen Kampf gegen die Faschisten, sondern einen Bruderkampf unter Proletariern wollen. Wir müssen dem Beispiel von Berlin folgen, wo sozialdemokratische Reichsbanner- und kommunistische Arbeiter Schulter an Schulter die Faschisten im Friedrichshain in die Flucht schlugen. Als er dann nebenbei Herrn Alexander fragte, warum er und die anderen Reichsbanner-„Führer“ zu feige seien, einmal vor kommunistischen Arbeitern zu sprechen, oder die Nazis in deren Versammlungen einmal anzugreifen, wurde Herr Alexander blaß vor Wut und es entstand durch ihn eine allgemeine Unruhe. Da wir Klassenbewußten Arbeiter kein Interesse an einer Schlägerei mit Klassengenossen haben, protestierten wir gegen die Feigheit Alexanders des Versammlungsleiters mit einem dreifachen brausenden „Rot Front!“

Wer hat Furcht vor der Wahrheit? Wer ist nach Alexanders eigenen Worten „ein erbärmlicher Wicht?“

Die Klassengenossen im Reichsbanner und in der SPD, sollen selbst die Antwort geben und gemeinsam mit uns im Kampfbund und in der KPD, gegen den Faschismus!

Kreistagsitzung in Vollenhain

Nach zehn Monate langer Pause fand am Freitag, dem 30. Januar, eine Kreistagsitzung statt, die sich mit 20 Tagesordnungspunkten befaßte. Punkt 1-5 wurde debattenlos erledigt. Bei Punkt 6 lag ein Antrag des Abgeordneten Hiller (KPD) vor. Selbiger verlangte, daß den Wohlfahrtsempfängern Rente oder Arbeitsverdienst einer Gehälte nicht mehr mit 100 Prozent, sondern nur mit 25 Prozent angerechnet werden soll. Dieser Antrag unseres Genossen Hiller lag bereits seit Oktober vorigen Jahres vor. Unter einem gewissen Druck hatte der Kreisaußschuß Anfang Januar demgemäß beschloffen, von dem Verdienst monatlich 15 Mark auf den Hauptunterstützungsempfänger und 4 Mark auf jede Zuschlagsperson nicht in Anrechnung zu bringen. Genosse Hiller erwähnte sofort, daß der Kreisaußschuß dieses alles keinesfalls aus eigener Initiative getan hätte. Der Vorschlag des Kreisaußschusses wurde angenommen. Zu Punkt 7 lag ebenfalls ein Antrag unseres Genossen Hiller vor, der verlangte, daß allen Wohlfahrtsempfängern ein Mietzuschuß von 50 Prozent zu gewährt sei. Diesem Antrag stand der Landrat, die Nazis und alle Bürgerlichen skeptisch gegenüber, schließlich schlug Sieber (SPD) vor, eine Grenze zu ziehen, und zwar sollten nicht mehr als 15 Mark gezahlt werden. Nazis und Bürgerliche verlangten außerdem noch eine weitere Staffelung zwischen Neubau- und Altmwohnungen. Genosse Hiller setzte sich daraufhin nochmals ganz energisch für seinen Antrag an. Schließlich wurde auch sein Antrag mit der von Sieber gestellten Ergänzung angenommen. Bei Punkt 8 beantragte Genosse Hiller, 150 000 Mark als Winterbeschaffungsbeihilfe für alle Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger bereitzustellen. Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen bei vier Stimmenthaltungen abgelehnt. Bei Punkt 9 verlangte ein Antrag des Genossen Hiller die Aufhebung der Pflichtarbeit in Kreis und Gemeinde, und Zahlung des Tariflohnes für die Wohlfahrtsempfänger. Dieser Antrag wurde mit allen, also auch den SPD-Stimmen, gegen die Stimme des Genossen Hiller abgelehnt. (Auf-Rufe im Zuschorraum.) Unter Punkt 10-20 fielen Vahlen von Amtsvorstehern, Schiedsmännern etc. Hier fand die übliche parlamentarische Balgerei statt. Die Proleten, die dieses Mal den Zuschorraum bis auf den letzten Platz gefüllt hatten, konnten dieses Mal selbst sehen, wer sich für ihre Interessen einsetzt. Nur die Beteiligung des kapitalistischen Systems und die Errichtung eines Sowjetdeutschlands wird Arbeit und Brot bringen.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Scheller, Berlin; für den übrigen Teil: Ernst Wollmeber, M. d. C., Breslau. — Für Inserate: Carl Sandberg, Breslau.

Niederschlesien

Liegnitz

Hinaus zu den Kleinbauern

Die Jöhben Zentrum I und II führten eine gutbesuchte Landversammlung am Sonnabend in Jöhben durch. Die Ausführungen des Genossen Saper fanden unter den Kleinbauern großen Anklang. Es wurden eine große Anzahl Petitionen und Broschüren verkauft. Desgleichen führte man eine Zersammlung für den Kampfzweck aus.

Das Beispiel unserer Liegnitzer Genossen, die schon wiederholt erfolgreich auf dem Lande vorgestoßen sind, muß überall nachgemacht werden. Es ist das um so notwendiger, weil die Nazispeß ganz besonders versucht, das Land zu verjuchen.

Arbeit suchen ist verboten!

Eine eigenartige Methode führt Herr Seidel, Arbeitsvermittler beim Arbeitsamt, Zimmer 7, ein. Als ein Mädchen, welches sich selbst Arbeit besorgt hatte, dieses bei ihm melden kam, brüllte er sie an: „Sie haben sich keine Arbeit zu besorgen, dafür sind wir da. Wenn Sie bei uns gemeldet sind, vermitteln wir Sie. Sie bekommen keine Unterstützung.“ Als man ihn darauf aufmerksam machte, ruhiger zu werden, meinte er weiter, er sei nicht für die Arbeitslosen da, sondern umgehört zu sein das der Fall. Was sagt der stellvertretende Herr Direktor Seidel dazu? Glaubst man vielleicht, mit den Arbeitslosen machen zu können, was man will? Wir empfehlen Herrn Seidel, wieder als Kneifer zu gehen, und wenn möglich in eine Nazispeiß dort kann er genug schnauzen. Aber solange er das nicht tut, mag er sich gefügt sein lassen, daß die Arbeitslosen sich von ihm nicht einschüchtern lassen werden.

Versammlung aufgelöst

Nun hat sich doch einmal die „republikanische“ Polizei stark genug gefühlt, um eine Kreisversammlung im „Schiefhaus“ aufzulösen. Am anderen Tage erklärte jedoch die „Volkszeitung“, daß so etwas in der Zukunft wohl nicht mehr notwendig sein wird. Scheinbar wollen sich die Nazispeiß erlangen, zu bessern.

Sagan

Öffentliche Anfrage an den Landrat

Der Gemeindevorsteher Neumann in Oberbuchwald vertritt kein Amt in einer Weise, daß es im Interesse der Allgemeinheit liegt, wenn dieser Herr möglichst schnell von seinem Posten verschwindet. Schon seit Monaten bringt er ganz im Gegensatz zu den feigstehenden Seiten willkürlich die Unterstützung zur Auszahlung. So erhalten die Geschwister Jankara sowie Hermann Wittmer die Wohlfahrtsempfänger nicht nur zu niedrig, sondern er nimmt sich auch noch heraus, diese auf alle mögliche Art und Weise zu schürzeln. Ganz nach seinem Gutdünken vollzieht er die Auszahlung an diese beiden. Vor 11 Tagen brühte er dem Familienvater Wittmer ganze fünf Mark pro Woche in die Hände, wovon dieser mit seiner dreiföpfigen Familie leben soll. Da diese Armen infolge dieser unzureichenden Unterstützung keine Miete zahlen können, werden sie auch noch von Exmittierung bedroht. Immer wieder versuchen sie bei dem Landrat und bei dem Kreiswohlfahrtsamt um Hilfe nach, aber trotz aller Zusagen auf Besserung wird an den Zuständen nichts geändert. Ja, der Gemeindevorsteher Neumann bringt es sogar fertig, diese geschlehten „Hyndeläter“ in einer öffentlichen Gemeindevorsteherversammlung als laule und „arbeitstüchtige Menschen“ zu beschimpfen. Da ein solches Verhalten ein unerhörtes Mißbrauch des Amtes darstellt, fordern wir den Landrat auf, sofort gegen diese Methoden einzuschreiten, um dem Skandal ein Ende zu bereiten. Vor allen Dingen ist dieser Gemeindevorsteher zu beiseitigen. Geschieht dieses nicht, so wird der Erwerbslosenausgleichs-Vereinigung nehmen, vor der breiten Öffentlichkeit die Praktiken dieses Neumann an den Pranger zu stellen, um auch hier auf diese Weise seine Beseitigung zu erreichen. Außerdem fordern wir den Landrat, daß er sofort Maßnahmen ergreift, um an Stelle des aufgelösten Fürsorgeamtes die Bildung eines neuen zu verfügen.

Primkenau

Entlassungen und Lohnabbau

werden weiter durchgeführt. Direktoren und Generaldirektor mit ihren Anhängern, wie Dozenten und Ingenieuren, gehen brutal vor,

wenn die Arbeiter den leibhaftigen Widerstand versuchen. Auch bei der Suag ist Lohnabbau Trumpf. Man wendet ein besonderes Verfahren an. Erst versucht man dies mit gutem Zureden und mit Bestechung, dann folgt ein Schreckschuß, zuletzt die Brutalität. Bei den Badewannenformern trat diese Methode besonders zutage und nahm ihren Anfang beim Vergnügen des Kriegervereins. Für einen Klassenbewußten Arbeiter ein Hindernis, einem solchen Verein überhaupt anzugehören. Hier war es Frau Generaldirektor, die es verstand, diese Kunst mit Alkohol zu überbrücken. Mit beneideten Gehirn rissen sich die Arbeiter um die „Ehre“, mit der gnädigen Frau das Tanzbein zu schwingen. Wenn sie dann noch „Nöte“: „Ich muß mit meinen Herren Badewannenformern wieder mal einen trinken“, dann waren die „Herren“ einfach weg. Daß es durchaus keine besondere Arbeiterfreundlichkeit in einem solchen Gehirn gibt, geht daraus hervor, daß der „gnädigen Frau“, als sich ihr Dienstmädchen den Brau am sauren Weichkäse gegessen hatte, die Büchlinge für die eintägige Kost zu teuer waren. Die „Freundlichkeiten“ ihrem Dienstmädchen gegenüber können wir nach jeder Richtung ergänzen, wegen Raummangel mag dies aber für heute genügen. Wir versprechen, die Villa „Gröhenwahn“ einmal besonders zu beleuchten. Aber auch die „Herren“ Badewannenformern sollten bald eine unangenehme Ernüchterung erleben, denn kaum sind drei Wochen seit der „großen Ehre“, die ihnen die gnädige Frau zuteil werden ließ, vergangen, da soll ein 20prozentiger Lohnabbau zu vorgenommen werden. Die Verschreibungen von Belieferung mit billiger Feuerung, Kleidung u. a. m. zogen nicht. Es wurden vier Arbeiter entlassen, und die Direktion zeigt ihr wahres Gesicht: wer nicht für den ausbeuterten Lohn arbeiten will, kann gehen. Betriebsarbeiter, hier heißt es, Solidarität üben, einer für alle, alle für einen. In einer geschlossenen Klassenfront des Proletariats werden sich auch diese Ausbeuter die Schädel einrennen. Die Hoffnung, die ihr auf eure Gewerkschaftszugehörigkeit setzt, sie wird und muß aufhören werden, weil sich diese Herrschaften die Hände selbst gebunden haben. Auch die Arbeiter im Gemäldewerk, die mit einem noch größeren Lohnabbau bedacht werden sollen, werden nicht viel auf friedlichem Wege erreichen. Die Arbeiter von Primkenau werden bald einsehen lernen, daß es nur einen Weg gibt, aus dem Elend herauszukommen, den Weg des rücksichtslosen Klassenkampfes. Wenn heute die Arbeiterklasse noch daran frant, daß sie noch zuviel Gehil hat, so wird sie durch die immer brutaler werdende Ausbeutung bald zur Erkenntnis kommen, daß nur noch der letzte Versuch entscheiden kann, denn die Bourgeoisie zwingt die Arbeiterklasse zur Grausamkeit. Immer größere Volksmassen werden von diesen Ausbeutern ins Elend geführt, aber auch der Zeitpunkt wird kommen, wo die Arbeiterklasse diesen Profitgägern ein halt entgegenrufen wird!

Aus dem Riesengebirge

Die RGO. kößt vor!

In Arnsdorf (Riesengebirge) fand am Sonntagabend eine vom Erwerbslosenausgleichs einberufene Erwerbslosenversammlung statt, in der Genosse Biewald aus Breslau über das Thema sprach: „Was ist und was will die RGO.“ Die gut besuchte Versammlung beschloß, auch in Arnsdorf den Aufbau der RGO. in Angriff zu nehmen. Eine Anzahl der Anwesenden erklärte sofort ihren Beitritt. — Da am Nachmittag desselben Tages der sozialdemokratische Gewerkschaftsjetretär Pohl im benachbarten Steinjeiffen aus der von ihm einberufenen Versammlung unter dem Druck der empörten Erwerbslosen flüchten mußte, nahmen verschiedene ängstliche Gemüter an, daß es auch in Arnsdorf stürmisch zugehen werde. Doch dazu lag keine Veranlassung vor, weil alle Anwesenden einmütig die Auflösung vertraten, daß es dringende Aufgabe der Arbeiter und der Erwerbslosen sei, die kämpfende Einheitsfront zu schaffen.

Arnsberg. Die Partei kößt vor! Am Sonnabend fand in Arnsberg eine für den kleinen Ort sehr gut besuchte Versammlung der kommunistischen Partei statt, in der der Genosse Biewald aus Breslau über den Weg aus dem Elend referierte. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat wurden in der Aussprache von den Versammelten verschiedene Fragen über die Verhältnisse in Sowjetrußland gestellt. Ein Zeichen, daß die schließlichen Arbeiter und Kleinbauern eine immer größere Sympathie mit dem Arbeiterrußland haben und den Aufbau der sozialistischen Planwirtschaft auch in Deutschland für notwendig halten. Die Versammlung war ein voller Erfolg für die kommunistische Partei.

LIEBICH
Otto Reutter
und 8
Varieté-Neuheiten
Täglich 8,15
Sonntag 9 u. 8,15 Uhr

Verlangen Sie
gratis meinen
Möbel - Katalog
Ihrer
Schlafzimmer
Speisezimmer
polierte Möbel
Einzelmöbel
Polsterwaren
Teilzahlung
gestattet!

Giesel, Breitestr. 42

Inserate
haben in
unserer Zeitung
**guten
Erfolg**

WAPPENHOF

Heute Dienstag, ab 4 Uhr
sowie täglich (außer Sonnabend)
Gr. Nachmittags-Vorstellung
mit dem intern. 1. Febr.-Programm:
Eintritt 30 Pfg. Ab 8 Uhr:
Gr. Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen
Gesangs-Einlagen der M.O.V.
Breslauer Sängler-Chor
Eintritt einschließl. Ball 50 Pfennig

Vor Einkauf von
Möbeln u. Stühlen
aller Art
vom einfachsten bis zum ge-
diegensten Genre beschließen
Sie bitte völlig unverfälscht
unser reichhaltige Fabrikage!
Sie werden dort bestens und
billigst bedient. Teilz. gestattet.
Biener & Dührig, Breslau
Stühle u. Möbeln detail, en gros
Geschäft: Matthiasstr. 107
Fabriklager: Weisbergsweg 18/20

Neue Fesseln für die Arbeiterklasse

Von H. Palme Dutt (London).

Die MacDonald-Regierung, die wochenlang eine ernste Krise durchmachte, hat wiederum eine Atempause erhalten. Dank der Unterstützung Lloyd Georges wurde das neue Gewerkschaftsgesetz im Unterhaus am 28. Januar in der zweiten Lesung mit 277 gegen 250 Stimmen angenommen.

Was ist dieses Gewerkschaftsgesetz?

Das Gewerkschaftsgesetz der Labour-Regierung macht die Lage der Arbeiter im wesentlichen viel schlechter, als sie das Baldwin-Gesetz vom Jahre 1927 gestiftet hatte. Es schneidet neue Fesseln, und diese gerade in bezug auf die lebenswichtigsten Forderungen des Klassenkampfes heute und in der Zukunft. Das Gesetz verbietet, über die engsten Grenzen der Wirtschaftskämpfe hinauszugehen. Das ist das bewußte Ziel des Gewerkschaftsgesetzes der Labour-Regierung, das ist die Krönung der ganzen Politik des Mondismus und der gewalttätigen Unterdrückung der Arbeiterkämpfe.

Wie soll das geschehen? Die wesentlichste Frage des Gesetzes wird in der ersten Klausel behandelt, in der neuen Bestimmung der „gesetzlich erlaubten“ Streiks, wobei das neue Gesetz über die Bestimmung der Baldwin-Regierung hinausgeht. Es heißt da:

„Jeder Streik oder jede Aussperrung, deren primäres Ziel etwas anderes ist, als die Förderung von Ansprüchen im Zusammenhang mit der Einstellung oder Entlassung oder mit den Arbeitsbedingungen oder mit den Bedingungen der Einstellung einer Person (sei sie in dem betreffenden Betrieb oder Industriezweig beschäftigt oder nicht, in dem der Streik oder die Aussperrung stattfindet) ist ungesetzlich, und es ist ungesetzlich, einen solchen Streik oder eine solche Aussperrung zu beginnen oder fortzusetzen oder durch Zuwendungen von Mitteln zu unterstützen.“

Was ist die Folge einer solchen Bestimmung?

Das Baldwin'sche Gesetz von 1927 erklärte nur denjenigen Streik für ungesetzlich, der zwei Bedingungen entspricht: erstens wenn er ein Sympathiestreik ist, der über einen Arbeitskonflikt in der fraglichen Industrie hinausgeht, und zweitens wenn er „darauf hinausgeht, die Regierung zu zwingen“. Der Zweck, den Typus des Generalstreiks von 1926 zu treffen, ist offensichtlich.

Aber das MacDonald'sche Gesetz dehnt, — während es verspricht, die Schranken für den Sympathiestreik zu lockern, — in Wirklichkeit durch die neue Klausel die Sphäre der „ungesetzlichen Streiks“ bis zu einem Maße aus, wie es das Baldwin-Gesetz nicht gewagt hat.

Die angebliche Aufhebung der Achtung des Sympathiestreiks ist wertlos. Denn sobald das „primäre Ziel“ über Arbeitsverträge im engeren Sinne hinausgeht (und dies kann sehr leicht für jeden Konflikt erklärt werden, der über eine Industrie hinausgeht), ist er illegal. Arthur Henderson junior beeilte sich, die besorgte Bourgeoisie im „Labour Magazine“ (Januar 1931) zu informieren:

„Ich glaube, daß kein tüchtiger Jurist die äußerste Schwierigkeit leugnen wird, die mit der Feststellung verbunden ist, wann das primäre Ziel eines Streiks ein gesetzliches industrielles Ziel ist und wann ein Streik das Parlament zu zwingen trachtet.“

So wird die Unterscheidung des „primären Zieles“, das von der Labour-Regierung den „gesetzlichen“ Sympathiestreik oder den Generalstreik zu schätzen bestimmt ist, im voraus von den eigenen Juristen der Labour-Party für wertlos erklärt.

Aber die neue und engere Bestimmung des „illegalen Streiks“ ist nicht wertlos. Im Gegenteil, die Arbeiter werden ihre scharfen Zähne zu fühlen bekommen, — besonders in den Kämpfen der nächsten Zukunft gegen Erwerbslosigkeit, Krieg usw. Jeder Streik, — auch der kleinste, lokale, spontane Streik, der über die strengsten Grenzen unmittelbarer Arbeitsforderungen hinausgeht, ist ungesetzlich und mit Gefängnis strafbar.

Der liberale Jurist Cyril Asquith schreibt in der „Times“ über das MacDonald-Gesetz offensichtlich überrascht und findet es „sonderbar“, daß es über die Bestimmungen des Baldwin-Gesetzes hinausgeht:

„Der Erfolg ist, — sonderbar genug — daß mancher Streik für ungesetzlich erklärt wird, der unter dem Gesetz des Jahres 1927 legal wäre.“

Kommunisten rufen von der Parlamentstribüne zum Massenaufmarsch am 25. Februar

Prag, 2. Februar. In der Sitzung des Parlamentes brachte der kommunistische Abgeordnetenausschuß einen Gesetzentwurf auf allgemeine Arbeitslosenunterstützung in der Höhe des letzten Lohnes auf Kosten des Staates und der Unternehmer sowie auf die gesetzliche Einführung der sechs- bzw. siebenstündigen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ein.

Zum Antrage sprachen die Abgeordneten Genossin Kuhn und Genosse Krosnar, der in seiner Rede darauf hinwies, daß die Entscheidung über die kommunistischen Anträge nicht im bürgerlichen Parlamente, sondern in den Betrieben und auf den Straßen fallen werde. Weiter brachte er einen Aufruf der KPÖ, der Ruten Gewerkschaften und des Prager Arbeitslosenausschusses zur Bezeichnung, in dem das tschechoslowakische Proletariat zu Massendemonstrationen am internationalen Kampftage gegen die Arbeitslosigkeit am 25. Februar aufgerufen wird.

Bedeutend für den Grad der Faschisierung in der Tschechoslowakei ist die Tatsache, daß aus der Rede und aus dem Auftrage vom Parlamentarismus, in dem drei Sozialfaschisten sitzen, alle Teile konfisziert wurden, die sich mit der Verteidigung der Erfolge des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion und mit der Propagierung des politischen Massenstreiks befassen.

Arbeitslose besetzen Budapest Rathhaus

Budapest, 2. Februar. Am Jahrestage der vorjährigen großen Arbeitslosendemonstration, am 26. Januar, zogen Arbeitslose gruppenweise von den Gewerkschaften und Vermittlungsstellen zum Rathhaus und überfluteten den Korridor vor dem Zimmer des Bürgermeisters. Als ihre Zahl auf ungefähr 500 angewachsen war, gingen sie an zu demonstrieren: „Arbeit und Brot! Wir verhungern! Gebt uns Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung!“ und forderten, daß der Bürgermeister sie empfangt.

Als der Bürgermeister die Demonstranten damit abfertigen wollte, daß sie auf das Bezirksamt gehen sollen, wo ihnen Suppe ausgeteilt werden wird, schrien sie ihm im Chor entgegen: „Wir wollen Arbeit oder Arbeitslosenunterstützung!“ „Was geschieht mit den Ermittelten?“

Eine ähnliche Demonstration im Rathhaus fand am nächsten Tage, am 27. Januar, statt. In den Mittagsstunden erschienen in den Korridoren wieder Arbeitslose und forderten laut die Arbeitslosenunterstützung: „Wir hungern!“ „Man wirft uns aus

Nimmt man zum Beispiel an, daß die Randstaaten einen Krieg gegen die Sowjetunion führen, und aus England Munition geliefert werden soll; und nimmt man an, die Hafenarbeiter würden, treu ihrer internationalen Pflicht, dies verhindern, — so würde die Labour-Regierung sie ins Gefängnis werfen. Die Anwendung des Gesetzes auf die Lieferung von Munition nach Indien ist nicht weniger klar. Das ist das Gewerkschaftsgesetz der Labour-Regierung. Ein direkter Schritt vorwärts, in der gegenwärtigen kapitalistischen Offensive.

Mit diesem Gesetz wird für die erste Zeit beabsichtigt, die Lohnsklaverei in das Gesetzbuch einzutragen, als legal, bindend, als eine ständige Lage, gegen welche sogar die passive Auflehnung, der bloße Arbeitsausstand, gesetzwidrig ist. Es blieb einer Labour-Regierung vorbehalten, diese Unternehmen durchzuführen. Der Sklave hat „das Recht zu streiken“, — aber nur innerhalb der Grenzen seiner Sklaverei; er kann um keinen Anteil oder die Höhe seines Lohnes kämpfen, aber nicht gegen seine Sklaverei. Bis dahin und nicht weiter, sagt die Labour-Regierung. Die Augen über seine Ketten zu erheben, für ein weiteres Ziel zu streiken, sich gegen die Sklaverei aufzulehnen, zu streiken, um die Unterdrückten zu unter-

stützen Wohnungen!“ Es gelang wieder nur der Polizei, die Demonstranten zu entfernen; sie wurden die Treppen hinuntergestoßen und bis zu den Türen gelagt. Die Arbeitslosen sammelten sich vor den Türen wieder und demonstrieren weiter. „Was wird aus unseren Familien?“ „Arbeit und Brot!“ Schließlich wurden sie auseinandergejagt und 30 Demonstranten verhaftet.

Das Rathhaus ist seit diesen Demonstrationen von Polizeiabteilungen abgesperrt.

Arbeitslosendemonstrationen fanden auch statt am 26. Januar in Pest und Budapest, am 28. Januar in Ujpest und wieder in Pest und Budapest. (Beides Industrievororte von Budapest.)

Steigerung der Kollektivierung bei den Wolgadenbüchern

Potrowitz, 1. Februar. In Potrowitz wurde der Kongress für die Kollektivierung der geschlossenen Kollektivierung in der Republik der Wolgadenbüchern eröffnet. An dem Kongress nahmen 250 Delegierte teil, darunter 80 Einzelbauern. Die überwältigende Mehrheit der Delegierten bilden Kollektivwirtschaftsbauern, die Stohbrigaden angehören. Der Kongress richtete an das ZK. der KPWSU, eine Beihilfung, worin er darauf hinweist, daß die Republik der Wolgadenbüchern 72 Prozent der Bauernhöfe in Kollektivwirtschaften vereinigt und die geschlossene Kollektivierung in vier Kantonen voll durchgeführt hat. Der Kongress erklärte sich zur Stohbrigade für die Kollektivierung der geschlossenen Kollektivierung in der Republik der Wolgadenbüchern bis zum Frühjahr.

Arme Bauern steuerfrei

Die Landwirtschaftsteuer für 1931 in der Sowjetunion

Moskau, 2. Februar. Das Volkskommissariat für Finanzen hat den Gesetzentwurf für die Landwirtschaftsteuer für das Jahr 1931 in der Höhe von 500 Millionen Rubeln ausgearbeitet. Die armen Bauern werden nach wie vor vollkommen steuerfrei sein. Die bedeutendsten Vergünstigungen bleiben bestehen. Die Kollektivwirtschaften sind ganz oder teilweise steuerfrei. Die Einnahmen der minder kräftigen Kollektivwirtschaften aus der Viehzucht sind ebenfalls steuerfrei. Alle Vergünstigungen sozialer Natur, wie für die Familien der Rotarmisten, für die Invaliden usw., bleiben bestehen.

stücken oder für Kameraden in anderen Ländern, — das macht die Labour-Regierung zu einem Verbrechen.

Im Aktionsrat drohten diese Heuchler seinerzeit, unter dem Druck der Massen mit der Streikaktion der Arbeiter, wenn die Imperialisten gegen die Sowjet-Union Krieg führen sollten. Heute, kaum zehn Jahre später, stempeln sie diese Aktion zu einem Verbrechen. Auf ihren internationalen Kongressen sowohl ihrer zerrütteten Zweiten Internationale wie der gelben Gewerkschaftsinternationale haben sie feierliche Resolutionen angenommen, die den internationalen Generalstreik gegen den Krieg ankündigen. Und die Herren, die diese Resolutionen annahmen, die von Frieden und Brüderlichkeit der Arbeiter und gemeinsamer Aktion der Arbeiterschaft gegen den Krieg sprachen, bereiten in der Praxis fleißig Geleise vor, die eine solche Aktion zu einem politischen Vergehen stempeln. Sie bereiten den Krieg vor und sie suchen zugleich von vornherein die Arbeiterklasse zu fesseln.

Das ist der Sinn des von MacDonald vorgesehenen neuen Gewerkschaftsgesetzes.

Die Strasse ohne Sonne

Ein japanischer Arbeiter-Roman

von

N. Tokunaga

Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag G. m. b. H., Berlin.

26. Fortsetzung.

Die Lokale der einzelnen Streikgruppen rund um den Bezirk Koishikawa hatten schon oft gewechselt. Durch die Maßnahmen der Gesellschaft und der Polizei ließen sich die Gruppenlokale nie länger als eine Woche halten. In diesen immerfort wechselnden Lokalen kamen die Streikenden jeden Morgen um sieben Uhr zum Appell.

Das Lokal der dritten Streikgruppe, zu der Otago gehörte, war vom Emmeintempel in Koishikawa nach einem Kabarettlokal in Yanagimachi und dann zum Gumeintempel gewandert, zuletzt war die Gruppe wieder in den Shime-Saalbau im Honto-Bezirk eingezogen.

Jede Streikgruppe wurde von einem oder zwei Gruppenleitern geführt, und alle Angelegenheiten wurden im Gruppenkomitee beschlossen. In den Gruppen gab es eine eigene, autonome Rechtsprechung. Außerdem gab es noch Streikgruppenzellen, die zur S-Abteilung gehörten und von der höchsten Streikleitung zusammengesetzt wurden. Sie hatten alle Abweichungen in den Streikgruppen aufzuklären und außerdem die verschiedenen Aktionen durchzuführen.

Jede Gruppe umfaßte ungefähr 300 bis 400 Mitglieder und stellte einen sozialen Organismus dar, dessen Mitglieder sich gegenseitig in ihrer Not halfen; selbst die Konflikte der Eheleute wurden von einem Gruppengericht geschlichtet. Dort war man entweder ganz radikal oder ganz konservativ, aber immer wieder offenbarte sich doch die Fähigkeit zu klarer Kritik.

Rund um die Gruppenkomitees waren die Meinungen in ständiger Bewegung. Die Meinungen beherrschten die ganze Atmosphäre der Gruppen trotz aller Gefahren. Die Befehle der höchsten Streikleitung mußten sich oft erst der öffentlichen Gruppenmeinung anpassen. Aber diese öffentliche Meinung

wurde zeitweilig durch Gerüchte beeinflusst, die von der Gesellschaft und der Gegenpropaganda der Spione ausgestreut wurden. Die Genossen verloren die Siegeszuversicht und die ganze Gruppe wurde verwirrt; doch diese Fälle waren selten. In der Hitze des Kampfes erregte sich diese öffentliche Meinung derart, daß jeden Augenblick die Explosion erfolgen konnte — wie bei Lokomotiven, die bis an den Hals Kohlen geschluckt haben.

Die Spiegel der Gesellschaft bewiesen manchmal eine solche Geschwindigkeit und Furcht, daß sie den scharfen, durchdringenden Augen der Gruppenzellenleitung entgehen konnten. Sie schmuggelten sich in wichtige Funktionen der Streikgruppen, füllten die Befehle der höchsten Streikleitung und versuchten verschiedentlich, gefährliche Pläne durchzuführen, um damit eine ganze Gruppe auf einmal zu vernichten.

Die Gruppe war auch die Familie der Streikenden. Sie säuberten des Morgens ihr Lokal, ordneten die Garderobe und gaben alle wertvollen Gegenstände einem dazu bestimmten Genossen in Obhut. Die Arbeiter, die im Augenblick ohne besondere Funktion waren, sorgten für Unterhaltung und spielten „ih Theater“. Sie waren alle gute Schauspieler und gute Kritiker. Mittags kam die Verpflegungsabteilung mit Reisflößen und verteilte den Tee. Das armeliche Podium war Diskussionstribüne und feierlicher Richtertisch, gleichzeitig aber auch die Bühne für ihre Schauspiele.

Da geschah es wohl manchmal, daß über die Liebesgeschichte zweier Streikenden hergezogen wurde — aber von Tag zu Tag häuften sich die Berichte über die elende Lage der Streikenden und siechen alle Anwesenden ernst werden. Die Spiegel schmuggelten sich immer häufiger in die wichtigsten Stellen, immer unvorhersehbarer bedrohte die uniformierte Polizei die Frauen und Kinder und verlockte sie von den Lokalen fortzujagen. Gerüchte flogen immer öfter herum und schnürten die Ketten der Gruppen zusammen. Um die Gruppe noch fester zusammenzuschweißen, spannten die Gruppenzellen alle Kräfte an.

Ein Bote, der vor dem Eingang des Lokals sein Rad abstellte, sprang zum Gruppenkomitee.

„Hallo, habt ihr heute morgen um 10 Uhr Auftrag gegeben, daß ihr zehn Abwehrmänner haben wollt?“

Das Gesicht des Jungen in Wülke und Mittel war von der rasenden Fahrt gerötet. Die Komiteeleute antworteten augenblicklich, ohne erst ihre Utensilien einzupacken:

„Kein, wir nicht, wir hatten überhaupt keinen Bedarf daran.“

Der Bote fragte schnell noch einmal:

„Aber, Genosse Wakabashi, dein Name stand darunter und der Stempel.“

Der Bemühte fragte dringend und rieb sich seine erstarrten Hände. Die Genossen sagten wie aus einem Munde:

„Absolut nicht, wer hat denn eigentlich den Auftrag zu euch gebracht?“

Die Tatsachen lagen klar. Die vier Männer, die den Auftrag zur fünften Gruppe gebracht hatten, standen seit gestern auf der Appellliste als fehlend, und in dem Bericht der Wohnungsbesuchsgruppen, die diese Leute aufgesucht hatten, stand für alle vier: „Gestern nacht nicht nach Hause gekommen, Erklärung der Angehörigen.“

Die Gruppenzelle berichtete telephonisch der S-Abteilung und dem Gruppenkomitee der fünften Streikgruppe, und dann fuhr der Bote mit dem Rad zur Streikzentrale.

Am selben Nachmittag wurde Otago vor dem Lokal von einem seltsamen Manne angerufen. Er war ein dicker Mann von etwa dreißig Jahren, der unter einem Hawelock einen japanischen Kimono trug, der seine fette Brust sehen ließ. Sie hielt ihn erst für einen der Streikenden, und trotzdem sie ihn außerordentlich unsympathisch fand, ging sie ganz unbeflümmert zu ihm hin. Es war gar nicht selten, daß ein Mann von einer anderen Gruppe mit einem Anliegen oder einem Wunsch zu ihnen kam.

„Bist du Kago-tjan?“

Sie trat ängstlich einen Schritt von diesem merkwürdigen, unsympathischen Menschen zurück.

„Matji hat mir eine Bestellung übergeben...“

Die Hezke gegen die Internationale der proletarischen Freidenker geht weiter

Am 3. Dezember stellt die Deutschnationale Volkspartei durch Aus der List von Anfragen in den preussischen und deutschen Parlamenten greifen wir nochmals einige heraus, auf die Severing selbst geantwortet hat.

Winterfeld eine kleine Anfrage, die wie folgt lautet:
 „In die christlichen Kreise des deutschen Volkes ist eine große Verunsicherung durch die Zeitungsnachricht, daß die Internationale der Gottlosen von Moskau nach Berlin verlegt werden solle, hineingetragen. Die Verbände der Gottlosen haben sich die Ausrottung des Christentums auch mittels staatlicher Gewalt zum Ziele gesetzt. Ihre Zulassung in Preußen würde angesichts der Christenverfolgungen in Rußland eine Herausforderung für Kirche und Christenheit und in der Tat eine schwere Gefahr für die Kirchen aller Konfessionen, für die christliche Erziehung wie für jeden einzelnen Christen bedeuten.“

Wir fragen deshalb das Staatsministerium:
 1. Trifft diese Nachricht zu?
 2. Wenn ja, ist es bereit, die Verlegung dieser Zentrale nach Preußen zu verbieten?
 3. Ist es bereit, die nichtdeutschen Angehörigen des Bundes der Gottlosen auszuweisen?“

Die Anfrage der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei lautet:

„Die Schleswig-Holsteinische Landeszeitung meldet unter dem 19. v. M.: Die Gottlosenverbände in der Sowjetunion teilen mit, daß die neugebildete „Internationale der Gottlosen“ von Moskau nach Berlin übersiedeln wird. Die Rassen werden bei dieser Internationale eine ständige Vertretung unterhalten und sie durch Geldmittel unterstützen.“

Nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern weit darüber hinaus in allen Schichten der Landbevölkerung herrscht größte Empörung, daß jetzt diese bößlich überflüssige und mehr als verderbliche „Internationale“ ausgerechnet ihren Sitz nach Berlin verlegt hat. Allem Anschein nach soll hier eine systematische Unterminierung des deutschen Volkes durch atheistische Kreise, die deutscher Kultur und deutschem

Empfinden fremd sind, sogar feindselig gegenüberstehen, einsehen. Schärfste Aufmerksamkeit der verantwortlichen Staatsstellen muß unverzüglich einsetzen.

Ich frage daher das Staatsministerium:
 1. Ist ihm die Gründung bzw. Uebersiedlung der „Internationale der Gottlosen“ bekannt?
 2. Wenn ja, was gedenkt es zu tun, um früh genug kommenden Gefahren energig entgegenzutreten?“
 Darauf antwortete Severing, der preussische Minister des Innern, am 3. Januar 1931 an den Herrn Präsidenten des Landtages:
 „Von einer angeblichen Verlegung der sogenannten „Internationale der Gottlosen“ von Moskau

nach Berlin ist bisher über die einschlägigen Zeitungsmeldungen hinaus nichts bekannt geworden. Sollte eine Vereinigung dieser Art innerhalb des preussischen Staatsgebietes sich niederlassen oder gegründet werden, wird gegen diese und ihre Mitglieder, falls ihre Betätigung den bestehenden Gesetzen zumiderläuft, mit den zu Gebote stehenden Mitteln eingeschritten werden.“
 Severing.

Diese Tatsachen zeigen, daß die preussische Staatsregierung bereits feste Versprechungen gegeben hat, um dem Verlangen der bürgerlichen Parteien nachzukommen. Die revolutionäre Arbeiterklasse wird sich gemindert haben ob der hartnäckigen Gerüchte über die „Gottloseninternationale“. Trotz der schon vor Wochen in der proletarischen Presse erschienenen Verichtigungen und Erklärungen des Generalsekretärs der I. P. S. zu diesen Pressemeldungen wird noch bis heute in allen Interpellationen der bürgerlichen Parteien von einer „Internationale der Gottlosen“ gesprochen. Auch Herrn Severing ist diese Tatsache sicherlich bekannt, zumal ihn seine Parteifreunde gewiß darüber informiert haben.

Mehr Internationalismus!

Ein neuer Kämpfer im Streikampf gegen Lohnraub

Mehr Internationalismus! Diese Forderung, die immer wieder von den Kongressen der kommunistischen Internationale und Roten Gewerkschaftsinternationale, von den Tagungen des I. P. S., des Zentralrats und des Vollzugsbüros der I. P. S., von den Kongressen der kommunistischen Parteien erhoben wurde, wird gegenwärtig nach und nach dem internationalen Proletariat in ihrer ganzen Bedeutung verständlich. Die Gefahr imperialistischer Intervention gegen die Sowjetunion, die Wirtschaftskrise und die Kapitaloffensive gegen Lohn- und Arbeitsbedingungen der internationalen Arbeiterklasse, die Bedrohung der Werktätigen durch den Faschismus in einer Reihe der wichtigsten kapitalistischen Länder und die sozialfaschistische Entwicklung der Sozialdemokratie und der reformistischen Gewerkschaftsbewegung, alle diese Umstände machen internationales Denken, internationale Aktionen des Proletariats dringend erforderlich.

Es genügt, den Blick der Arbeiterschaft auf die internationale

Kampflage zu lenken, um die Forderung nach mehr Internationalismus verständlich zu machen. Die gleichzeitigen Bergarbeiterkämpfe in Deutschland und England, die Angriffe der Metallindustriellen in Deutschland, Belgien, Österreich, der Tschechoslowakei auf die Löhne ihrer Arbeiter, die gleichzeitigen schweren Kämpfe in der Textilindustrie von England, Deutschland und Schweden, die Erwerbslosennot in aller Welt: das alles sind Beispiele, die dem Proletariat die Wichtigkeit und Notwendigkeit dieser Forderung begreiflich machen.

Soll aber der Arbeiter seine internationalen Pflichten im Klassenkampf richtig erfüllen, so muß man ihm die Möglichkeit geben, sich über die Arbeitsbedingungen, das Organisationsleben, die Wirtschaftskämpfe seiner Brüder in anderen Ländern hinreichend zu informieren. Er muß sich über das innere Leben und die Aktionen seiner gewerkschaftlichen Klassenorganisationen — der Roten Gewerkschaftsinternationale und ihrer internationalen Industriekomitees, der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der revolutionären Gewerkschaften orientieren können.

Diesem Zweck dienste bisher neben der „Roten Gewerkschaftsinternationale“, dem in Moskau redigierten offiziellen Organ der I. P. S., das „Rote Gewerkschafts-Bulletin“. Diese Wochenchrift diente im Wesentlichen zur Information über die internationale Gewerkschaftsbewegung. Das „Rote Gewerkschafts-Bulletin“ reicht für diese Zwecke heute nicht aus. Es stellte daher mit der letzten Dezembernummer sein Erscheinen ein.

Ein neuer Kämpfer

tritt auf die Bahn:
 Die „Internationale Gewerkschafts-Pressekorrespondenz“.

Diese Zeitschrift, die wöchentlich zweimal erscheinen soll, wird so aktuell sein wie eine Tageszeitung. Sie wird gleichzeitig alle gewerkschaftlichen Vorgänge gründlich beleuchten und — was das Wesentliche ist — dazu Stellung nehmen und auf die notwendigen Kampfmaßnahmen hinweisen. Führende Genossen der leitenden Körperschaften der I. P. S. und der Internationalen Industriekomitees, sowie aus der revolutionären Gewerkschaftsbewegung der verschiedenen Länder werden die Mitarbeiter der neuen Zeitschrift sein. Wenn Internationalismus nicht nur eine Phrase ist, muß regelmäßiger Verkehr der „Internationalen Gewerkschafts-Pressekorrespondenz“ werden.

Die Zeitschrift erscheint wöchentlich zweimal im Verlage der I. P. S. Moskau; sie kostet vierteljährlich ohne Postgebühr 2,25 Mark. Sie ist zu beziehen durch alle Organisationen der I. P. S. oder direkt durch den „Verlag Betrieb und Gewerkschaft“, Berlin C 25.

7 Jahre Wolgadeutsche Räterepublik

Gewaltige Erweiterung der Anbaufläche — Durchgängige Kollektivierung. Fortschreitende Industrialisierung — Die wolgadeutschen Dorfaktivisten, Stoßbrigadiere und Kulturarmisten im Kampf für die Durchführung des Fünfjahresplanes in vier Jahren

In diesen Tagen begingen die Wolgadeutschen den 7. Jahrestag der Gründung der autonomen Sozialistischen Räterepublik der Wolgadeutschen von Tag, an welchem sie vor sieben Jahren die ihnen im Jahre 1918 von der Sowjetregierung verliehene Autonomie zur selbständigen Republik ausbauten.

Die Wolgadeutschen haben in diesen Jahren der nationalen Freiheit und Selbstverwaltung, insbesondere im wirtschaftlichen und kulturellen Aufbau des Landes große Erfolge und Fortschritte aufzuweisen. Schon heute gehört die Wolgadeutsche Republik zu den fortgeschrittensten Gebieten des Sowjetbundes. Wir wollen nur einige wenige Zahlen brechen lassen: Die Anbaufläche, die 1923 512.294 Hektar betrug, stieg im vergangenen Jahre auf 1.100.100 und wird in diesem Jahre 1,4 Millionen Hektar erreichen. Die Kollektivwirtschaften, die im Jahre 1923 nur 600 Wirtschaften umfaßten, zählten Ende 1929 12.000 Einzelwirtschaften, und am 31. Dezember 1930 bereits 61.688 Bauernwirtschaften. Ihre Anbaufläche betrug 1929 81.900 Hektar, während sie in diesem Jahre eine Fläche von 1 Million Hektar bebauen. Im gleichen Tempo wuchs die Anbaufläche der staatlichen Räte-Wirtschaften; im Jahre 1929 betrug sie 4572 Hektar, im vergangenen Jahre 65.637 und in diesem Jahre wird sie 150.000 Hektar übersteigen. Nicht geringer sind die Erfolge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft. Das Netz der Grundschulen erstreckte sich von 247 im Jahre 1920 auf 416 Schulen am 1. Januar 1931, und das der berufstechnischen Schulen von 3 auf 15. Hinzu kommen noch 37 Kollektivjugendschulen und 12 verschiedene Techniken und Hochschulen, die alle erst in den letzten Jahren entstanden. Es wurde der allgemeine obligatorische Schulunterricht eingeführt, und damit das Analphabetentum unter den Jugendlichen liquidiert.

Im raschen Tempo nähert sich die Wolgadeutsche Republik der durchgängigen Kollektivierung. Die Großbauernwirtschaften werden liquidiert und durch die Kollektivwirtschaften als sozialistische Großwirtschaften ersetzt, deren Leistungen sich durch die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft gewaltig steigern.

Zu Beginn des Frühjahrs werden in der Wolgadeutschen Republik bereits 23 Mechanisierungsstationen (M.S.) eingerichtet sein, die mit ihren über tausend Traktoren einen großen Teil der Frühjahrsaat bearbeiten werden. Die an der Wolga seit Jahrzehnten brachliegenden Steppen werden kultiviert und in Quellen des Reichlandes der wolgadeutschen Arbeiter und Bauern verwandelt. Zugleich schreitet auch die Industrialisierung der Republik mit Riesenschritten vorwärts. 119 Millionen Rubel Kapitalanlagen führt ihr der Fünfjahresplan zu, während in der wolgadeutschen Landwirtschaft 106 Millionen Rubel angelegt werden. Immer neue Fabriken und Werke entstehen an der Wolga, die untereinander in der Erfüllung

erwähnt soll ferner bleiben, daß das Budget der Wolgadeutschen Republik von 1,2 Millionen Rubel in ihrem Gründungsjahr auf 13 Millionen Rubel im vergangenen Jahre angewachsen und seit 1926 defizitlos ist.

Der siebente Jahrestag der Gründung der Wolgadeutschen Räterepublik fällt mit dem Beginn des entscheidenden dritten Jahres des Fünfjahresplanes zusammen. Die Wolgadeutschen, die heute bereits 100prozentig kooperiert und 60prozentig kollektiviert sind, werden alle ihre Kräfte anspannen, um die Durchführung und Uebererfüllung des diesjährigen Volkswirtschaftsplanes herbeizuführen und damit die Erfüllung des Fünfjahresplanes in vier Jahren sicherzustellen. Die wolgadeutschen Dorfaktivisten, die Stoßbrigadiere und Kulturarmisten werden im weiteren Aufbau des Landes in der vordersten Front marschieren. Sie werden Hand in Hand mit den Werktätigen der anderen Nationen des Rätebundes ihre Kultur und Wirtschaft weiter entwickeln, festigen und stärken.

Erwerbslose!

Nicht den Kopf hängen lassen!



Keine Stempelstelle ohne Staffel!



schaffen, die im Jahre 1923 nur 600 Wirtschaften umfaßten, zählten Ende 1929 12.000 Einzelwirtschaften, und am 31. Dezember 1930 bereits 61.688 Bauernwirtschaften. Ihre Anbaufläche betrug 1929 81.900 Hektar, während sie in diesem Jahre eine Fläche von 1 Million Hektar bebauen. Im gleichen Tempo wuchs die Anbaufläche der staatlichen Räte-Wirtschaften; im Jahre 1929 betrug sie 4572 Hektar, im vergangenen Jahre 65.637 und in diesem Jahre wird sie 150.000 Hektar übersteigen. Nicht geringer sind die Erfolge auf dem Gebiete der Volkswirtschaft. Das Netz der Grundschulen erstreckte sich von 247 im Jahre 1920 auf 416 Schulen am 1. Januar 1931, und das der berufstechnischen Schulen von 3 auf 15. Hinzu kommen noch 37 Kollektivjugendschulen und 12 verschiedene Techniken und Hochschulen, die alle erst in den letzten Jahren entstanden. Es wurde der allgemeine obligatorische Schulunterricht eingeführt, und damit das Analphabetentum unter den Jugendlichen liquidiert.

Im raschen Tempo nähert sich die Wolgadeutsche Republik der durchgängigen Kollektivierung. Die Großbauernwirtschaften werden liquidiert und durch die Kollektivwirtschaften als sozialistische Großwirtschaften ersetzt, deren Leistungen sich durch die fortschreitende Mechanisierung der Landwirtschaft gewaltig steigern.

Zu Beginn des Frühjahrs werden in der Wolgadeutschen Republik bereits 23 Mechanisierungsstationen (M.S.) eingerichtet sein, die mit ihren über tausend Traktoren einen großen Teil der Frühjahrsaat bearbeiten werden. Die an der Wolga seit Jahrzehnten brachliegenden Steppen werden kultiviert und in Quellen des Reichlandes der wolgadeutschen Arbeiter und Bauern verwandelt. Zugleich schreitet auch die Industrialisierung der Republik mit Riesenschritten vorwärts. 119 Millionen Rubel Kapitalanlagen führt ihr der Fünfjahresplan zu, während in der wolgadeutschen Landwirtschaft 106 Millionen Rubel angelegt werden. Immer neue Fabriken und Werke entstehen an der Wolga, die untereinander in der Erfüllung

Nach 28 jährl. SPD.-Mitgliedschaft zur KPD.

Sozialdemokratische Arbeiter, macht Schluß mit der Partei, die die Brüning-Diktatur stützt!

In Brandenburg a. d. Havel ist der Arbeiter M. Schaeffer, der 28 Jahre lang Mitglied der SPD. war, zur KPD. übergetreten. Genosse Schaeffer gab eine öffentliche Erklärung ab, in der es heißt:

„Zwei Jahre Republik! Der Faschismus erhebt immer starker sein Haupt. Massenarbeitslosigkeit und Lohnraub sind in Young-Deutschland auf der Tagesordnung. Brüning darf diese Hungerpolitik bis heute durchführen, da er sich der Unterstützung der SPD.-Führer bis zu den Nationalsozialisten sicher ist!“

Genossen! Arbeiter Brandenburgs! Soll es noch tiefer gehen? Macht Schluß mit der Partei eines Ebert! Ich habe längst erkannt, daß nur die kommunistische Partei als einzige Arbeiterpartei

an der Spitze aller Kämpfe gegen Kapitalismus, Faschismus und Kriegsgefahr steht.

In den neunziger Jahren habe ich als Schüljunge mit meinem Vater Flugblätter für die Idee des Sozialismus verbreitet. Die SPD.-Führer haben die Durchführung des Sozialismus zum alten Eisen geworfen!

Mein Platz ist von heute ab in der KPD!

M. Schaeffer, Brandenburg.

Der Ruf dieses alten SPD.-Arbeiters muß ein starkes Echo in den breitesten Massen finden. Die Uebertrittsbewegung zur KPD. der einzigen antifaschistischen Partei, verstärkt sich von Tag zu Tag. Her zu uns!

Die Bergarbeiter linder hungern und gehen gekleidet wie Bettler

Darf da ein Lohnabbau hingenommen werden? Nein!

A. R. Es ist nun ein Schiedsspruch für die niederchlesischen Bergarbeiter gefällt worden, der eindeutig sagt: „Du niederchlesischer Bergmann muß jetzt unbedingt verhungern, damit Menschen weniger werden.“ Schon bei dem jetzigen Lohn weiß die Frau nicht, wie sie die paar Groschen einteilen soll, damit auch alle Tage für die Familie etwas zu essen da ist. Der Mann weiß nicht, wo er das Geld hernehmen soll für Kleidung und Schuhe für sich und die Kinder. Soll etwa das vor Jahren geflügelte Wort wahr werden: „In Lumpen gekleidet sollen sie einhergehen!“ Nein, Kameraden, es ist bereits so, wenn man nicht von hier oder da wieder mal ein abgelegtes Jackett oder eine Hoje oder Schuhe erhält. Sechß Jahre schon war ich nicht in der Lage, mir einen Anzug oder für die Frau etwas Neues zu schaffen. Die Kinder, beide im Alter von sechs und sieben Jahren, haben noch nie ein Kleidungsstück bekommen können, wenn sie nicht von Verwandten und Bekannten etwas erhalten. An Wäsche, Bettzeug und dergleichen ist gar nicht zu denken. Hier die Lohnkette von mir und einigen Kameraden von der verachteten Schicht:

Schweinemätsch, 15. Wkt., Monat Dezember 1930

Gesamterdienst 23 Schichten = 152,28 Mark, gehen ab Knapp-

jorge 2 Mark, Zeitung 3 Mark, Beiträge zu den Organisationen 4,50 Mark, so daß nur ein Bareinkommen von 105,27 Mark bleibt. Von diesem sollen Schutzhelme, Tabak und sonstiges abfallen, so daß nur 3,40 Mark pro Tag verbleiben.

Lohnbeutel vom Zulufschacht

Bei 157,69 Mark gehen ab auf Miete 36,50 Mark (Stube und Küche), 24,11 Mark Knappschaftsversicherungsbeiträge, 1,10 Steuer, 6 Mark Volksfürsorge, 2 Mark Lichtgeld, 4 Mark Zeitung, 4,20 Mark Beiträge an Organisationen, Abzahlung auf ein Möbelstück wöchentlich 3 Mark = 12 Mark. Es bleibt mir außer für mich, Frau und zwei Kinder pro Kopf und Tag nur 53 Pfennig.

Ein anderer hat nur 147,24 Mark Gesamterdienst gehabt, hat 32,98 Mark Miete, drei Kinder, dieselben Beiträge und noch einen Sohn, der erwerbslos ist.

Das sind brutale nackte Tatsachen aus dem Leben des Waldenburger Bergmannes, der obendrein tagtäglich Gefahr läuft, sein Leben in der Grube zu lassen oder als Krüppel herausbefördert zu werden.

... Nun sollen die Löhne um 5 Prozent abgebaut werden! Darf man das zulassen? Nein! Streik muß unsere Antwort auf den